

Granma

INTERNACIONAL

HAVANNA
APRIL 1996

Postvertriebsstück Y 9229
Entgelt bezahlt

Jahrgang 30 Nummer 4
DM 2.50; Preis in Kuba 0.50 USD



Mit angeblichen Zivilflugzeugen wurden Havanna und andere Orte Kubas mehrfach bombardiert

Erklärung des Außenministers Roberto Robaina vor der UNO

Helms-Burton-
Gesetz
unterzeichnet

Das Eigentor des Herrn Clinton

• MIT der Unterzeichnung des Helms-Burton-Gesetzes begibt der Präsident der Vereinigten Staaten als öffentliche Persönlichkeit und Repräsentant des mächtigsten Staates auf diesem Planeten einen entscheidenden Fehler, indem er den reaktionärsten Elementen des US-amerikanischen Kongresses und der kubanisch-US-amerikanischen Florida-Mafia nachgab und sich mit ihnen verbündete.

Die Unterschrift William Clintons unter dieses Gesetz geht über den Anspruch Washingtons hinaus, Kuba zu unterwerfen und sich seiner zu bemächtigen. In diesem Fall ist die ganze Welt betroffen, da die Anwendung dieses Machtwerkes extraterritorialen Charakter hat und damit die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bedeutet.

In diesem Fall werden auch viele Verbündete Washingtons und andere Staaten darunter leiden, die ihre Besorgnis und Ablehnung bereits zum Ausdruck gebracht haben, da es die Grundsätze des internationalen Handels und der staatlichen Souveränität mißachtet.

Dieses Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht für die Politiker und andere Persönlichkeiten Kanadas, Europas und Lateinamerikas, die es wegen seines unmenschlichen Charakters öffentlich zurückweisen, weil es darauf zielt, das kubanische Volk ins Elend zu stürzen und sich gegen die elementarsten Prinzipien und Vereinbarungen richtet, auf die sich die Welthandelsorganisation, das Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada und die Integrationsbestrebungen der Länder der Dritten Welt gründen.

Es ist außerdem der unverhohlene Beweis für den anmaßenden Charakter der USA und ein Ausblick auf das Weltmachtstreben, das sie im 21. Jahrhundert weiter ausbauen wollen.

Granma
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA
UND LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y
Territorial. Plaza de la
Revolución "José Martí",
Apartado Postal 6260,
La Habana 6, Cuba.
C.P. 10699 Telex: 0511 355 /
0511 221-0511 221. e-mail
granmai@tinored.cu
Fax: 53-7-33-5176 und 33-5826
Tel: 81-6265 / 81-7443
Zentrale: 81-3333
App. 23 und 38

GENERALDIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Octavio Lavastida Martínez

PRODUKTIONSCHIEF

Ramón Robert Durán

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández

Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert

Tel. 81-6021

Englische Ausgabe

Mercedes Guillot

Tel. 81-6054

Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga

Tel. 81-6134

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez

Tel. 81-6054

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández

Tel. 81-9821

Druck

Zeitungsverlag Granma,
Havanna, Cuba

NACHDRUCK

Brasilien

• Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Noticiosos
Ltda. Rua Regente Feijó, 49 - 2º
andar CEP 20.060-060 Rio de
Janeiro Tel. (021) 242-3430
Fax (021) 242-1320

• EDITORIAL EDIGRAFF

Rua Liberato Barroso Nº 1093
Fortaleza, Ceará, Brasil.
Telf. 221-1623

Bundesrepublik

Deutschland

• TRIBÜNE DRUCK GMBH
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Kanada

• ANPO

P.O. Box 91005

Effort Squarw Postal Outlet
Hamilton, Ontario, Canada L8N 2C3
Tel./Fax: 905-527-0070

Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabedian

Sarmiento Nº 1574

Piso 2-A - C.F. Buenos Aires,
Argentina Tél: 331-5761 et
342-1579

Venezuela

• GRUPO BARAGUA, C.A.

Av. A. Bello, Edif. Ctro. A. Bello,
Torre Este - Piso 14-Ofic. 141-E
Caracas - Venezuela
Tél: 781.60.35 Fax: 794.00.57

ISSN 0864-4624

Hans-Werner Richert
- Granma Internacional



• ANFANG Fe-
bruar stürzte
eine Boeing 757
des kleinen tür-
kischen Luft-
fahrtunterneh-
mens Birgin Air
kurz nach dem
Start in der Do-
minikanischen
Republik ab.

Eine erschreckende und traurige
Nachricht. Erstaunlich jedoch, was
sich sofort danach in der bundes-
deutschen Medienlandschaft ab-
spielte.

Regierungsvertreter redeten
schon am folgenden Tag davon
"Schwarze Listen" gegen (zu die-
sem Zeitpunkt) noch nicht genann-
te kleine Fluggesellschaften
aufzustellen, die dann keine Start-
und Landeerlaubnis mehr bekom-
men sollten.

Warum diese Eile, warum die Vor-
verurteilung "kleiner Gesellschaf-
ten", wo doch noch niemand die
Absturzursache kannte?

Ein Blick in die Zeitungen bringt
Klarheit:

Am 9.2. veröffentlichten der Rhei-
nische "EXPRESS" und die Berli-
ner "BZ", umrahmt von mehr oder
weniger geschmacklosen Sensa-
tionsmeldungen über den Absturz
der Boeing 757 ein und das selbe
Foto von offensichtlich zufriedenen
dreinblickenden Menschen in ein-
em Flugzeug. Eine Frau hat er-
kennbar ein Glas in der Hand.

Titel EXPRESS: "Piloten feierten
mit uns eine Rum-Party"

Titel BZ: Horrorflug mit betrunke-
nen Piloten

In der BZ relativ klein aber zentral
postiert, im EXPRESS groß und
reißerisch aufgemacht, sagen bei-
de Artikel mehr oder weniger das
gleiche aus: Zahnarzthelferin Van-
essa J. aus Köln ist im August '95
(!) im Rahmen eines Sonderange-
bots für günstige 1.498 DM nach
Kuba geflogen und mußte auf dem
Flug angeblich Insekten, Kondens-
wasser an den Fensterscheiben,
spanischsprachige Illustrierte ("Da
konnten wir uns nur die Bilder an-
gucken"), kubanisches Flugperso-
nal das nicht deutsch (!) sprach und
ein "Fluggerät" ertragen, das ein
"Klappergestell" war. Das Schlimm-
ste aber, sie mußte mit irgendwel-
chen Menschen in Pilotenuniform
(sagt sie) vier Flaschen Rum leer-
en. "Wir feierten 'ne richtige Rum-
Party. Nachher waren die Piloten
blau" weiß sie in der BZ zu berichten.
Aber "blau" war offenbar diese aus-
kunftsfreudige Passagierin, erzählt
sie doch im EXPRESS, daß sich ihre
Rum-Freunde "in Holguin in Kanada"
betrunken verabschiedeten.

Holguin liegt in Kuba! Und diese
ominöse Vanessa J. ist offensicht-
lich eine Erfindung, oder ein sehr
dummes Werkzeug der antikubani-
schen Propaganda, die dazu dien-
en soll, die seit kurzem wieder
angelaufenen Kampagnen gegen
den Tourismus in Kuba plastisch zu
gestalten.

Je größer die Lügen, desto bes-
ser ihr Effekt, war schon immer
eine Leitlinie (nicht nur) der deut-
schen Boulevardblätter.



Horrorflug mit betrunkenen Piloten

Piloten und Passa-
giere in feuchtfroh-
licher Runde - das
Foto entstand auf
einem Flug nach
Kuba. Aufgenom-
men wurde es von
der Kölnerin Vanes-
sa J. (24). Im August

1995 flog sie mit Ku-
bana Air auf die
Karibik-Insel (14
Tage für 1498 Mark).
„Irgendwann“, er-
zählt sie, „kam die
Crew in die Kabine,
um mit uns Rum zu
trinken - vier ganze

Flaschen! Nachher
waren die Piloten
blau. Und zwischen
durch liefen Stewar-
dessen mit Desin-
fektions-Sprays
herum, weil Getrie-
berumkrabbelte. Es
war die Hölle.“

WENN ES GEGEN KUBA GEHT, GEHEN SIE
ÜBER LEICHEN

Je größer die Lüge, desto sicherer der Effekt

Cubana de Aviación, Mitbegründe-
rin der IATA, ist eine der sichersten
Fluglinien, die es auf dieser Welt gibt,
und sie hat wenig gemein mit Billig-
chartergesellschaften, die um jeden
(!) Preis konkurrenzfähig an dem Ur-
lauberstrom profitieren wollen.

Die Iljuschin 62M, das Flugzeug,
das Cubana in der Regel auf Inter-
kontinentalfügen einsetzt, ist zuge-
gebenermaßen nicht das
modernste, dafür aber eines der si-
chersten Flugzeuge der Welt.

Zur Erinnerung: In der Dominika-
nischen Republik ist eine **moderne**
Boeing 757 abgestürzt, keine IL-
62M. Nach Flugkilometern schnei-
det auch der vielgelobte deutsche
High-Tech Airbus im Vergleich si-
cher schlechter ab.

Doch um die reale Sicherheitsdis-
kussion geht es in diesen diffamie-
renden Artikeln nicht. Die
Dominikanische Republik ist
schließlich nicht Kuba und Birgin
Air mit ihren vier Flugzeugen nicht
Cubana de Aviación, die mit einer
großen Flotte über jahrzehntelange
Erfahrung verfügt, alle international
üblichen Sicherheitsstandards er-
füllt und einen Service bietet, der
sich getrost mit dem der Konkur-
renzunternahmen messen kann.

Es geht um etwas anderes.

Die bedauernswerten Opfer des
Absturzes in der Karibik werden zur
politischen Meinungsmache be-
nutzt. Es geht hier um die leise
Form der Blockade. Es geht darum,
am Image Kubas, an seiner Be-
liebtheit als Urlaubsparadies zu
kratzen. Es geht darum, die mittler-
weile zweitwichtigste Devisenein-
nahmequelle Kubas zu zerstören.

Diese Kampagne ist in Washington
geplant und soll weltweit umgesetzt
werden. Dabei gibt es viele Helfer.
Darunter Teile der rechtslastigen
deutschen Presse, deren Redakteu-
re häufig unbewußt, in nicht wenigen
Fällen aber auch durch kleine oder
größere "Aufmerksamkeiten" ange-
regt, sich diesem Interesse zur Ver-
fügung stellen.

Deshalb ist es wichtig, den Tou-
rismus in Kuba zu fördern und zu
unterstützen.

Und es ist wichtig nach Kuba zu
kommen, um dieses Land mit eigen-
en Augen kennenzulernen. Die
guten Seiten und die Probleme. Am
besten mit Cubana de Aviación,
denn das ist Kuba von Anfang an.
Ich bin bisher 26 mal mit Cubana
über den Atlantik geflogen und
habe mich immer sicher gefühlt. Ich
werde es wieder tun!



Der Schleier der Anonymität

ELLEN ROSENZWEIG
- für Granma Internacional

• Übersetzen ist normalerweise eine anonyme Arbeit. Tatsächlich ist es so, daß die Leser um so weniger an uns denken, je besser wir arbeiten. Im Falle dieser Publikation werden die Artikel von den Journalisten unterzeichnet; die Namen der Übersetzer aber erscheinen nicht. Deshalb gehen viele Leser davon aus, daß das, was sie da lesen, in Englisch, Französisch, Portugiesisch oder Deutsch geschrieben wurde, statt in Spanisch. Es scheint, wir machen unsere Sache recht gut.

Von Anfang an hat Granma Internacional Wert darauf gelegt, daß ihre Übersetzungen gut geschrieben sind und den Originaltexten treu bleiben. Unser erster Direktor, Alberto Rubiera, stellte an jedem Morgen eines Arbeitstages Vergleiche zwischen jeder Übersetzung und den spanischen Artikeln hinsichtlich des Stils und des Inhalts an. Seine Ansprüche bildeten eine Norm der Perfektion heraus, die wir seither zu erfüllen versucht haben.

Zu Zeiten, als unsere Publikation noch "Resumen Semanal Granma" hieß, betrug ihr Umfang 24 großformatige Seiten, die keine Anzeigen enthielten, außerdem verfügten wir noch nicht über Computer. Bei historischen Ereignissen, die für Kuba von besonderer Bedeutung waren, wie die Reise Fidels nach Chile 1970, die US-amerikanische Invasion in Grenada 1983 und die lateinamerikanische Konferenz über die Auslandsverschuldung 1985, arbeiteten wir Übersetzer intensiv, um der Welt die neuesten Nachrichten zugänglich zu machen

und wichtige Dokumente und Reden zu veröffentlichen. Die spektakulärste Anstrengung unternahmen wir wahrscheinlich während des sechsten Gipfeltreffens der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten, das 1979 in Havanna stattfand. Obwohl ein Zyklon sämtliche öffentliche Dienstleistungen der Stadt lahmgelegt hatte, arbeiteten die Übersetzer mit Petroleumlampen, in einem Büro, das unter Wasser stand, um die Informationen über das Gipfeltreffen in der Welt zu verbreiten.

Wir kommen von überall her, um diese Zeitung zu machen, obwohl wir als Fachkräfte in unseren Heimatländern viel mehr Geld verdienen könnten. Wir tun dies im Geiste der Solidarität zu einem Land, das uns am Herzen liegt, einem Land, das oftmals nicht das unsere ist.

Selbstverständlich legen die Journalisten und Herausgeber den Inhalt und die Haltung unserer Zeitung fest. Doch wir, die Übersetzer, spielen bei der Übermittlung der Botschaft Kubas ins Ausland eine bedeutende Rolle. Unsere Aufgabe besteht nicht nur in der Übertragung der Ideen der Journalisten in eine andere Sprache, sondern auch in deren Erläuterung, und zwar deshalb, weil sich viele Begriffe nicht wörtlich von einer Kultur in die andere übertragen lassen. So steuern wir zugleich unsere spezifischen Kenntnisse über Länder oder Themen bei, um die Korrektheit der Artikel, die wir publizieren, zu gewährleisten.

Die Kubaner haben einen sehr eigenen und pittoresken Stil, um sich auszudrücken. Und in diesem Sinne haben die Veränderungen, die in diesem Land stattfinden, in letz-

ter Zeit einige Herausforderungen an die Übersetzer gestellt. Eine ganze Reihe neuer Begriffe und Aktivitäten hat in das Alltagsleben der Kubaner Einzug gehalten, begleitet von neuen Wortschöpfungen und Redewendungen. Als Übersetzer versuchen wir, Lösungen zu finden, damit unsere Leser all das, was hier vor sich geht, so gut wie möglich begreifen. In Ausnahmefällen müssen wir sogar einen völlig

anderen Ausdruck verwenden als den, den der Journalist benutzte, um das gleiche auszudrücken.

Und letztendlich könnte Granma Internacional nicht wirklich international sein, wenn nicht die Übersetzer wären. Aus diesem Grunde haben wir entschieden, einmal den Schleier der Anonymität zu lüften und Ihnen, werte Leser, die Namen und die Gesichter der gegenwärtigen Übersetzer von Granma Internacional zu enthüllen. Und wenn Sie zufällig in Havanna weilen sollten, kommen Sie doch auf einen Gruß vorbei!

DIE GEGENWÄRTIGEN ÜBERSETZER VON GRANMA INTERNACIONAL

Englisch: Mercedes Guillot, Ellen Rosenzweig, Angie Todd, Hugh McHenry, Louise Durkin und Melanie Jones.

Französisch: Frédéric Woungly-Massaga, Annie Massaga, Aziel Habet, Salman Yunus, Anne-Marie García und Elodie Castelin.

Portugiesisch: Miguel Ángel Álvarez Caro, Selva Corrêa Mendes, Ana Paula da Cruz Santos, Therezinha Arruda, Sara San Emeterio Malquis und Mozilde Pinho de Menêzes.

Deutsch: Hans-Werner Richter, Rosemarie Hechavarría, Sylvia Risquet Bravo, Christian Mevius, Petra Blanco Leyva und Christa Dankenbring.

Brief des Außenministers

Havanna, den 16. Februar 1996,
Jahr des hundertsten Todestages von Antonio Maceo.
An das Kollektiv von Granma Internacional
Liebe Genossen!

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die letzte Nummer der Granma Internacional gelesen, die ihrem dreißigjährigen Bestehen gewidmet ist. Schön die Chroniken und Erinnerungen an die ersten Tage. Angemessen die Ehrung der Pioniere, die die Idee in Angriff nahmen, und des heutigen Kollektivs, das nach wie vor eine große multinationale Familie bildet. Das ist ein bescheidenes Beispiel dafür, was der Planet, auf dem wir leben, sein könnte und sein sollte.

Wichtig die Rückblicke auf die Geschehnisse und Veröffentlichungen in diesen drei Jahrzehnten, die Befriedigung, aber auch die verständliche Bitternis derjenigen, die wegen ihres wichtigen und schwierigen Berufes, der nicht immer in gebührendem Maße gewürdigt wird, lieben und leiden.

Aber dieser Ausgabe, dieser notwendigen Ehrung zum 30. Jahrestages der Granma Internacional fehlt ein Detail, etwas, ohne das keine Zeitung bestehen kann: die Meinung ihrer Leser.

Man darf nicht vergessen, welche Freude man in jeder einzelnen unserer diplomatischen Vertretungen verspürt, wenn die Zeitung ankommt. Auch nicht die Dankbarkeit über die Veröffentlichung einer Rede Fidels oder eines neuen Gesetzes, z.B. des Investitionsgesetzes, deren Abdruck aus den unterschiedlichsten Gründen manchmal viel Arbeit kostet, um sie schließlich den vielen Interessierten zugänglich zu machen.

Man muß auch nicht extra die große Wirkung betonen, die Granma Internacional auf unsere Freunde in der Solidaritätsbewegung ausübt. Mehr als einmal habe ich sie auf unsere Botschaften zukommen sehen, besorgt über die Verspätung der Post und deshalb nach "aktuellen Nachrichten" aus Kuba fragend. In vielen von ihnen habt Ihr ernsthafte Mitarbeiter und Multiplikatoren der Zeitung.

Für uns im Außenministerium ist Granma Internacional ein nützliches Arbeitsmittel, und Ihr alle seid zweifellos Berufskollegen, denn wir Diplomaten haben viel mit den Journalisten gemein; und Ihr seid ohne Frage eine bedeutende Stütze der kubanischen Diplomatie.

Für all das, im Namen dieser Wahrheit über Kuba, die wir gemeinsam vor der Welt verteidigen, übermittle ich Euch, liebe Genossen, die herzlichsten Glückwünsche Eures Außenministeriums. Wir wünschen Euch weiterhin Erfolg und bekräftigen unsere Verpflichtung, gemeinsam den Kampf für unsere Ideen fortzusetzen.

Seid herzlich umarmt.
Robertico

Sonderbeauftragter des Papstes verurteilt die Blockade



KATIUSKA BLANCO
- für Granma Internacional

• KARDINAL Carlo Furno, der als Sonderbeauftragter des Heiligen Vaters Johannes Paul II. an einer Versammlung der katholischen Kirche in Kuba teilnahm, verurteilte die Wirtschaftsblockade der USA gegen die Insel und bewertete diese Maßnahme als unannehmbar, weil das kubanische Volk darunter leiden müsse.

Auf einer Pressekonferenz im Pfarrhaus "Pater Felix Varela" in Havanna, wo die Gedenkveranstaltung zum zehnjährigen Jubiläum des Nationalen Kirchentreffens von 1986 stattfand, lehnte der Prälat die über 30 Jahre andauernde Einkreisung unseres Landes ab und betonte, "in solchen Fällen muß die Menschenwürde gewahrt werden".

Furno erinnerte außerdem daran, daß seine Heiligkeit Johannes Paul II. diesen Standpunkt schon früher geäußert habe, und bezog sich dabei auf die Aktionen des Papstes während seines jüngsten Besuchs in den Vereinigten Staaten, als er in einem Gespräch mit dem US-Präsidenten William Clinton dazu aufforderte, die wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Sanktionen gegen Kuba aufzuheben. Dabei handelte es sich nicht um eine Vermittlung, da dafür ein beiderseitiges Einverständnis erforderlich ist.

Der Kardinal schätzte die aktuellen Beziehungen zwischen Kuba und dem Vatikan als gut ein, und auf eine Frage von Granma bestätigte er, daß der damalige Leiter des Büros für Religiöse Angelegenheiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, Doktor José Felipe Carneado, dem Papst 1989 einen Brief von Präsident Fidel Castro übergeben habe, in dem die kubanische Regierung ihr Einverständnis mit einem Besuch des Heiligen Vaters zum Ausdruck brachte. Der Papst habe das Schreiben damals selbst beantwortet.

Der Sonderbeauftragte des Heiligen Stuhles versicherte, die kubanischen Behörden hätten dieser Reise keine Hindernisse in den Weg gelegt und es stehe nur noch eine Einigung über den Termin und andere notwendige Details aus. Einstweilen vertrat er die Ansicht, daß der Besuch "nicht so dringend"

wäre und fügte hinzu, daß seine Heiligkeit für dieses Jahr schon ein volles Programm habe.

GEDENKVERANSTALTUNG

Ein Jahrzehnt, nachdem das Nationale Kirchentreffen abgehalten wurde, das der katholischen Kirche in Kuba neue Bedeutung verlieh, versammelten sich auf Einladung der Bischofskonferenz vom 21. bis zum 25. Februar Delegierte aus allen Diözesen des Landes, in einem Moment der Reflexion über das dritte Jahrtausend des Christentums.

Auf der Zusammenkunft, die mit einer religiösen Zeremonie in der Kirche Santa Catalina de Siena in der Hauptstadt eröffnet wurde, bestätigte der Erzbischof von Havanna, Kardinal Jaime Ortega, als Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Kubas, daß sich die Kirche des Landes entwickelt habe. Als Beispiel führte er die zunehmende Zahl der Diözesen und der Laienbewegungen an, die steigende Zahl der Nonnen und Priester, die den verschiedensten Kongregationen angehören und aus verschiedenen Ländern kommen, um auf der Insel zu verweilen, die Pastoralinitiativen und ebenfalls die wachsende Zahl der Gläubigen und derjenigen, die eine Berufung zum Priesteramt und zu einem geweihten Leben an den Tag legen.

Auch eine weitere Feststellung sei unumgänglich, sagte er. Die trennende Mauer zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen sei jedes Mal weniger zu bemerken, was dem Volk zugute käme.

Monsignore Carlos Manuel de Céspedes, Generalvikar der Erzdiözese von Havanna, erwähnte als Beispiele für das Wirken der Kirche die Präsenz des kubanischen Caritasverbandes und die Öffnung von Gebetshäusern in Dörfern und Ortschaften, in denen es keine Kirche gibt. Gegenwärtig gibt es etwa 200 Missionshäuser im ganzen Land, davon allein 100 in Havanna.

Rolando Suárez, Präsident der Caritas, bezeichnete die solidarische Arbeit mit bedürftigen Personen als einen Bereich, in dem die Koordination mit den kubanischen Behörden Fortschritte zu verzeichnen habe. Er bestätigte das Verständnis seitens der Einrichtungen und Ministerien der Bereiche, in de-



Kardinal Jaime Ortega, Erzbischof von Havanna, erklärte sich solidarisch mit den Pastoren für den Frieden.

nen vorrangig Hilfe vonnöten ist, und erkannte die von den Behörden bewiesene Sensibilität an.

Der kubanische Kirchenrat schickte Johannes Paul II. kürzlich eine Botschaft des Wohlwollens und des Dankes und brachte gleichzeitig erneut seine Hoffnung zum Ausdruck, daß der Besuch des Papstes in Kuba Wirklichkeit werden möge.

Zum Abschluß des Treffens erklärte Kardinal Jaime Ortega seine Solidarität mit den US-amerikanischen und kanadischen Gläubigen der Bewegung "Pastoren für den Frieden", die an der Grenze zwischen den USA und Mexiko einen

"Hungerstreik für das Leben" durchführen, damit man ihnen die beschlagnahmten medizinischen Hilfsgüter wieder zurückgäbe.

TREFFEN MIT FIDEL CASTRO

Präsident Fidel Castro traf sich am 26. Februar zu einem Gespräch mit dem Abgesandten des Heiligen Stuhls, Kardinal Carlos Furno und dem kubanischen Kardinal Jaime Ortega in der Botschaft des Vatikans. Der Meinungs austausch dauerte eineinhalb Stunden.

Kirchliche Kreise sprachen davon, dieses Treffen habe in einem "günstigen Klima" stattgefunden und bewerteten es als "positiv".



IN WENIGEN STUNDEN VON KUBA IN DIE GANZE WELT

Senden oder erhalten Sie in kürzester Zeit Briefe, Urkunden, Dokumente, Zeitschriften, Verkaufsmuster und andere Materialien.

**Aus aller Welt nach Kuba - aus Kuba in alle Welt
Nur D H L**

- Habana, Ave. 1ra y 42, Miramar T-331578 33-1876
- Varadero, Ave. 1ra y 64 T-62103

DHL

WORLDWIDE EXPRESS

...Wir kommen früher an als andere!

Herr Präsident!
Meine Damen
und Herren Delegierte!

Die revolutionäre Regierung Kubas hat eine Wiedereröffnung der Sitzungsperiode der Generalversammlung der Vereinten Nationen beantragt, um die Ereignisse bekanntzugeben, die im Zusammenhang stehen mit der wiederholten Verletzung unserer Souveränität durch Flugzeuge, die vom Territorium der USA starten, und um die internationale Gemeinschaft und die Weltöffentlichkeit von der Unzulässigkeit dieser Aktionen und ihren gefährlichen Folgen für den Frieden und die regionale Sicherheit in Kenntnis zu setzen. Zu Beginn möchte Kuba all jenen seinen tiefen Dank ausdrücken, die auf die eine oder andere Weise dazu beigetragen haben, daß unser Land heute die Möglichkeit hat, seine Sicht der Dinge darzulegen.

Wir tun dies im Einklang mit dem Internationalen Recht, dessen Geltungsperiode von einem Jahrzehnt jetzt zur Hälfte abgelaufen ist und dessen Programm und Inhalt wir uns verpflichtet haben einzuhalten.

Die kritische Haltung Kubas in bezug auf die Rolle wesentlicher Organe der Vereinten Nationen und besonders hinsichtlich der Arbeitsweise des Sicherheitsrates ist bekannt. Deshalb, und weil wir die Gewißheit haben, daß diese Generalversammlung die internationale Gemeinschaft viel umfassender repräsentiert, stehen wir heute vor Ihnen.

Was den Zwischenfall betrifft, der sich am vergangenen 24. Februar vor unseren Küsten ereignete, so ist uns allen der enorme Druck bekannt, dem sich die Mitglieder des Sicherheitsrates von seiten der USA-Delegation ausgesetzt sahen, die daran interessiert war, eine schnelle und unberechtigte Verurteilung Kubas durchzusetzen, indem sie zudem die Tatsache mißbrauchte, daß sie in diesem Moment den wechselnden Vorsitz dieses Organs innehatte. Kuba möchte hier seine Anerkennung für die Haltung zum Ausdruck bringen, die einige Mitglieder des Sicherheitsrates in diesem Prozeß einnahmen, die nicht mit der offensichtlichen Manipulation einverstanden waren, zu deren Komplizen sie gemacht werden sollten. Sie machten es möglich, daß die Delegation der USA letzten Endes die von ihr beabsichtigte absurde und ungerechte Verurteilung nicht durchsetzen konnte.

Um den Vorfall zu verstehen, muß man die Vorgeschichte kennen. Die Geschichte der Aggressionen gegen Kuba und der Handlungen, die seine Souveränität und territoriale Integrität verletzen, begann nicht an diesem 24. Februar, sondern vor 37 Jahren. Einer der ersten Gewaltakte gegen die Kubanische Revolution ging am 21. Oktober 1959, genau wie jetzt, vom Süden der Halbinsel Florida aus, als Luftpiraten in Sportflugzeugen subversive Propaganda abwarfen und die Hauptstadt unseres Landes bombardierten. Diese Aggression kostete unser Volk wertvolle Menschenleben. Auf eben diesem Flugplatz von Opalocka wurde sogar unter dem Deckmantel einer zivilen Agentur, ein Teil der Luft-

Wir sind ein kleines Land, aber wir werden niemals und von niemandem unseren Himmel, unser Meer, unser Land und unsere Fahne verletzen, erniedrigen oder verspotten lassen

• Erklärung des Außenministers Roberto Robaina vor der Generalversammlung der UNO



Jorge LOPEZ

waffe ausgebildet und vorbereitet, die an der Invasion in der Schweinebucht im April 1961 teilnahm. Seitdem sind fast genau 35 Jahre vergangen. Zwar waren jene Flugzeuge damals Militärflugzeuge, aber in diesem Falle hatten sie die Hoheitszeichen der kubanischen Luftwaffe aufgemalt; das ist genauso hinterhältig wie die vielen Fälle, in denen Zivillflugzeuge zu militärischen Angriffen benutzt worden sind.

Im Laufe all dieser Jahre kam es von seiten der jeweils aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten zu unzähligen Äußerungen einer feindseligen Politik gegen Kuba. Sie reichen von Versuchen der diplomatischen Isolation bis hin zu einer systematischen Blockadepolitik und der wirtschaftlichen Aggression, und beinhalten die Förderung der inneren Subversion, illegale Radio- und Fernsehsendungen, das Einschleusen von Spionen und Saboteuren, Pläne zur Ermordung von Führungskräften unserer Revolution, die Anstiftung terroristischer Aktivitäten und biologischer Kriege, die Unterstützung bewaffneter konterrevolutionärer Banden, die Unterstützung des Eindringens von Flugzeugen und Schiffen in unser Hoheitsgebiet, ausgehend von US-

amerikanischem Territorium, um Aggressionen gegen Kuba durchzuführen, und viele andere Handlungen mehr. Höhepunkte dieser Aggressionspolitik waren die bereits erwähnte bewaffnete Invasion in unser Territorium, die von der *Central Intelligence Agency* (CIA) der USA im April 1961 organisiert worden war und später in der Seeblockade und der Androhung des Atomkrieges gipfelte. Um es klar zu sagen, dies waren Konsequenzen der Maßnahmen, die Kuba angesichts der Gefahr einer direkten militärischen Invasion durch die USA ergreifen mußte.

DIE GEWALTTÄTIGEN AKTIONEN GEGEN KUBA NEHMEN ZU

Mit der Auflösung der UdSSR und des sozialistischen Lagers, mit deren Hilfe Kuba die Aggression und die Blockade der USA leichter ertragen konnte, nahmen die gewalttätigen Aktionen gegen Kuba von in Miami ansässigen Gruppen kubanischen Ursprungs zu. Seit 1990 wurden 14 Einschleusungen und bewaffnete Piratenangriffe mit Schiffen, die aus dem Süden der USA kamen, gegen unser Land durchgeführt und Dutzende von terroristischen Vorhaben wurden von uns vereitelt. Einige der an den letzten schwerwiegenden Aktionen Beteiligten wurden festgenommen, und sie können jederzeit vor Gericht erklären, wie und mit wessen Hilfe sie zu Waffen, Sprengstoffen, Schiffen und modernen Geräten für die Ortung und Kommunikation gekommen sind. Zu all dem gesellt sich die Tatsache, daß im Laufe des Jahres 1995 monatlich insgesamt 4.480 Stunden über Radio von den USA aus gegen Kuba ausgestrahlt wurden, in denen zur Gewalt und zum Umsturz des im Land errichteten Systems aufgerufen wurde. Außerdem ist Kuba das einzige Land der Welt, gegen das eine Fernsehstation gerichtet ist, die mit Bundesgeldern der USA finanziert wird.

Der letzte sichtbare Ausdruck dieser langen Geschichte von Aggressionen waren die Provokationen durch die Flugzeuge der Organisation "Hermanos al Rescate", die in

den letzten 20 Monaten den kubanischen Luftraum 25 Mal verletzt haben, wobei sie immer vom Territorium der USA kamen.

Herr Präsident!

Im September 1994 kam es zu einem bilateralen Treffen zwischen Vertretern der jeweiligen Zivilluftfahrtbehörden Kubas und der USA, auf dem die US-amerikanische Seite ihre Besorgnis angesichts der Informationen über Verletzungen des kubanischen Luftraums zum Ausdruck brachte, die sie von den kubanischen Stellen erhalten hatte. Sie erkannte die Tatsache an, daß solche Flüge außerdem eine Gefahr für die Sicherheit der wirklichen Bemühungen zur Rettung von illegalen kubanischen Emigranten darstellten, die von der US-amerikanischen Küstenwache unternommen wurden.

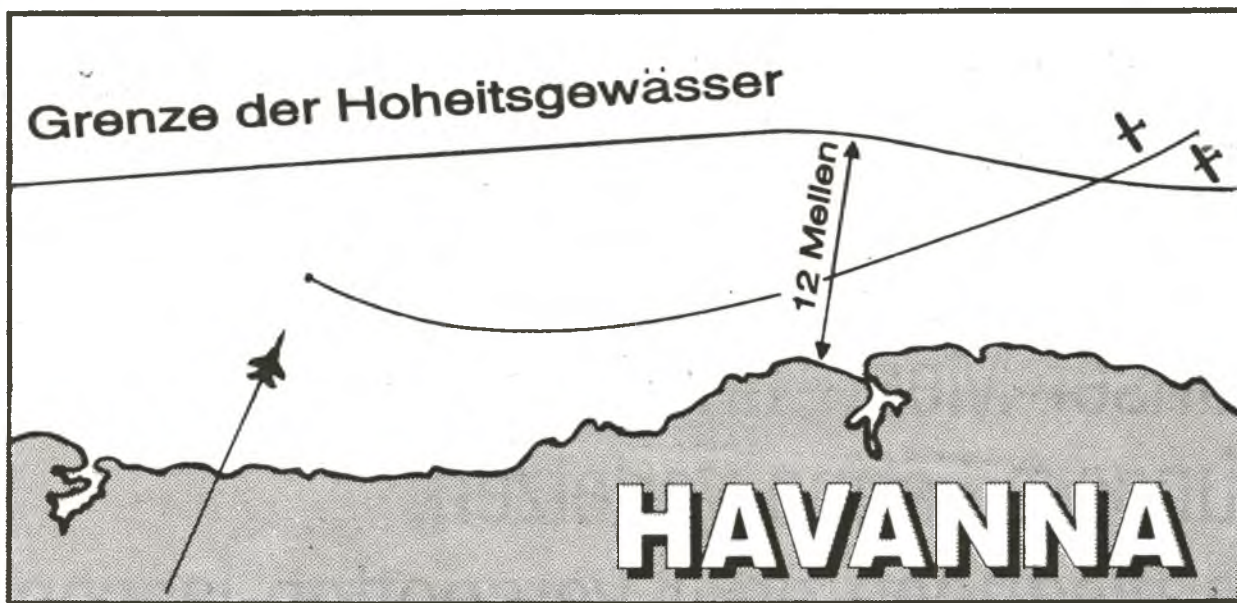
Um nicht zu ausführlich zu werden, werde ich nur einige der Verletzungen erwähnen, die nach dieser Versammlung, auf die ich mich beziehe, stattfanden.

Am 10. November 1994 überflogen zwei Flugzeuge des Typs Cessna 337 den östlichen Teil des Landes und warfen dort subversive Losungen ab. Diese Maschinen starteten vom Marinestützpunkt, den die USA auf kubanischem Gebiet in Guantánamo besetzt halten.

Am 4. April 1995 drang ein weiteres Flugzeug vom Typ Cessna in das kubanische Hoheitsgebiet im Norden von Havanna ein und flog mehr als 40 km in einer Entfernung von 5 - 10 Seemeilen an der Küste entlang.

Am 13. Juli 1995 drangen zwei Flugzeuge in das kubanische Hoheitsgebiet nördlich unserer Hauptstadt ein, durchflogen eine für die Luftfahrt verbotene Zone und überflogen die Stadt in sehr geringer Höhe, wobei sie Propaganda zur Unterstützung einer Schiffsflotte antikubanischer Elemente abwarfen, die sich aus Miami kommend, etwa 22 km nordöstlich von Havanna gruppiert hatte und ebenfalls in unsere Hoheitsgewässer eindringen war.

Am Samstag, dem 2. September des gleichen Jahres flogen erneut fünf Flugzeuge des Typs Cessna und fünf Hubschrauber zur Unter-



stützung einer ähnlichen Flotte, die von Miami aus den Norden des Bae de Varadero in der Provinz Matanzas ansteuerte. Bei jener Gelegenheit zogen sich die Flugzeuge aus dem Einsatzgebiet zurück, als die Aggression abgebrochen wurde, weil durch die Nachlässigkeit der Provokateure ein Schiff sank und ein Angehöriger seiner Besatzung ums Leben kam.

Am 9. und am 13. Januar 1996 trugen sich zwei Ereignisse von besonderer Relevanz und Bedeutung zu, die unmittelbar mit den Geschehnissen vom 24. Februar zusammenhängen: Flugzeuge der Gruppe "Hermanos al Rescate" warfen Zehntausende Flugblätter mit subversiver Propaganda über der Stadt Havanna ab, in denen sie die Bevölkerung dazu aufriefen, Aktionen gegen die verfassungsmäßige Ordnung Kubas durchzuführen. Diese schwerwiegende Verletzung wurde, wie die anderen auch, der Regierung der Vereinigten Staaten offiziell von der kubanischen Regierung mitgeteilt. Doch sie wurde zudem von den Tätern selbst prahlerisch in den Medien der USA veröffentlicht.

Und hier unterbreche ich, um eine wichtige Erklärung einzufügen. Viele Personen, sogar unsere eigenen Freunde in den USA, fragen uns: Warum habt ihr diese Flugzeuge gerade jetzt abgeschossen? Das heißt: Warum geschieht dies gerade in dem heiklen und gefährlichen Moment, in dem in den Vereinigten Staaten der schäbige und skrupellose Wahlkampf abläuft, kurz vor den Wahlen im November?

Die Frage ist gerechtfertigt, aber ich muß dazu sagen, und bitte Sie, dies richtig zu verstehen, daß dieser Vorfall nicht das Resultat einer von Kuba geplanten Handlung war.

Es geschah folgendes. Nach den Provokationen vom 9. und 13. Januar war die Situation für uns unerträglich geworden. Das kubanische Volk reagierte mit Empörung und Besorgnis auf diese neuerlichen Verletzungen unseres Luftraums. Und genau nach diesen Ereignissen gab die kubanische Regierung der Luftwaffe Anweisungen, daß sich Geschehnisse, wie die vom 9. und 13. Januar, unter keinen Umständen wiederholen dürfen.

Doch sie beschränkte sich nicht nur darauf, sondern, obwohl sie die US-amerikanischen Behörden bereits wiederholte Male öffentlich und durch offizielle Noten gewarnt

hatte, beschloß sie daraufhin, der Regierung der Vereinigten Staaten über ernsthafte und zuverlässige Kanäle zu übermitteln, daß angesichts der immer aggressiveren und unverantwortlicheren Aktivitäten der Flugzeuge, die unseren Luftraum verletzen, das Risiko bestehe, daß es zu einem schweren Zwischenfall kommen könnte.

Tatsächlich baten wir die Regierung der Vereinigten Staaten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Durchführung dieser Flüge zu verhindern, die nicht nur gegen unsere Gesetze verstoßen, sondern auch gegen die der USA. Es handelte sich dabei um ein zusätzliches und ganz spezielles Ersuchen. Mehr konnten wir von unserer Seite nicht tun, um den Vorfall zu verhindern. Alles weitere hätte bedeutet, die Würde und Souveränität unseres Landes aufzugeben. Wir wissen, daß unsere nachdrückliche Bitte bis zu jenen Stellen der US-Regierung gelangte, die dafür zuständig sind, Entscheidungen zu treffen. Man versicherte uns damals, man werde alles Mögliche tun, um die Flüge zu verhindern.

NICHT WIR WAREN ES, DIE DIESE VERLETZUNGEN VERHINDERN KONNTEN

Nicht wir waren es, die verhindern konnten, daß diese Verletzungen weiterhin stattfanden. Die Regierung der Vereinigten Staaten, von deren Territorium diese Angriffe ausgingen, war die einzige, die diese Möglichkeit in ihren Händen hielt.

Doch wir sagen diese Dinge nicht einfach in der Hoffnung, daß man uns glaubt, ohne weitere Argumente. Es existieren unwiderlegbare Beweise dafür, daß das Wirken dieser Organisation auch der US-Regierung Sorgen bereitete. Dies geht aus verschiedenen Noten hervor, die uns die US-amerikanischen Behörden zu jener Zeit als Antwort auf unsere Warnungen zukommen ließen.

In der Note Nr. 577 der Interessenvertretung der Vereinigten Staaten in Havanna, datiert vom 18. Oktober 1995, informierte die US-Regierung die Regierung Kubas darüber, daß Mitglieder besagter Organisation beabsichtigten, sich am 21. Oktober der Grenze des kubanischen Luftraums mit dem Ziel zu nähern - ich zitiere - "von Schiffen aus, die außerhalb

der kubanischen Hoheitsgewässer kreuzen, über einen Zeitraum von ungefähr 30 Minuten auf Kurzwelle Fernseh- und Radioprogramme nach Kuba zu senden".

In der gleichen Note wurde darauf hingewiesen, daß - ich zitiere - "Beamte der USA die Organisatoren der Flotte auf die internationalen Rechte und in der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten enthaltenen Vorschriften aufmerksam gemacht haben, die sich auf nicht genehmigte Sendungen beziehen, die von Schiffen oder Flugzeugen aus vorgenommen werden, die in den Vereinigten Staaten registriert sind. Sie wurden nachdrücklich gebeten, illegale Sendungen zu unterlassen".

Schon früher, ebenfalls in einer Note des US-State Departement, die am 28. August 1995 übergeben wurde, wurde die Regierung Kubas darüber informiert, daß die Bundesluftfahrtbehörde einen möglichen Verstoß durch den Verantwortlichen der Organisation gegen den Anhang 2 der Internationalen Konvention über Zivilluftfahrt untersuche. Am 5. Oktober 1995 teilte die US-Regierung durch die Note Nr. 553 ihrer Interessenvertretung in Havanna der Regierung Kubas mit,

daß die Bundesluftfahrtbehörde besagten Vertreter anklage, "die Bundesvorschriften über die Luftfahrt mißachtet zu haben (FAR 91.703), indem er ein in den USA registriertes Flugzeug in einem fremden

Land flog, ohne die Vorschriften dieses Landes einzuhalten, sowie gegen die Satzung 91.13 verstoßen zu haben, indem er ein Flugzeug auf fahrlässige oder waghalsige Weise führte und damit fremdes Leben oder Eigentum in Gefahr brachte". In der gleichen Note wurde angefügt, "die Bundesluftfahrtbehörde bittet die Regierung Kubas um Beweise, die für diese Anschuldigungen (gegen den Anführer dieser Organisation) relevant sein könnten".

Am 16. Februar 1996, eine Woche vor dem Zwischenfall, der uns beschäftigt, bedankte sich die Regierung der Vereinigten Staaten für die Informationen, die ihr die Regierung von Kuba geliefert hatte,

und informierte außerdem das Außenministerium Kubas durch eine Note ihres State Departement darüber, daß die Bundesluftfahrtbehörde ihre Untersuchungen über den Vertreter besagter Organisation fortsetze, der "angeklagt ist, die Bundesvorschriften über die Luftfahrt mißachtet zu haben (FAR 91.703)".

Wie daraus ersichtlich ist, war es den US-amerikanischen Behörden vollständig bekannt, daß auf dem Gebiet der USA eine organisierte Gruppe existiert, die über Flugzeuge verfügt und Aktivitäten durchführt, die dem zulässigen internationalen Luftverkehrsangebot widersprechen, und daß die Gruppe diese Flugzeuge mit offensichtlich provokatorischen Absichten benutzt, indem sie die kubanische Souveränität mißachtet und sogar die Bestimmungen des Staates ignoriert, in dem sie registriert sind und in dem die Flugscheine ihrer Piloten ausgestellt wurden.

DIE USA HATTEN DIE MÖGLICHKEIT, DIESE AKTIONEN ZU VERHINDERN

Wenn wir uns irgendeinen Fehler in unserem Verhalten hinsichtlich der Ereignisse des vergangenen 24. Februar einzugestehen hätten, dann wäre es der, darauf vertraut zu haben, daß ein so mächtiges Land wie die USA in der Lage sein würde, zu verhindern, daß eine Gruppe verantwortungsloser Personen Handlungen begeht, die durchaus zu vermeiden gewesen wären und die sogar zu einem Ausrottungskrieg gegen unser Volk geführt haben könnten.

Am Vormittag dieses Tages näherten sich Flugzeuge der Organisation "Hermanos al Rescate" dem Norden von Havanna und drangen in unseren Luftraum ein. Diese Flüge entsprachen nicht den internationalen und nationalen Normen für Zivilluftfahrt, denn zu keinem Zeitpunkt wurden der Abflug und der weitere Flugverlauf mitgeteilt. Andererseits wurde, bevor sie in die Region unserer Flugüberwachung eindringen, auch keine Verbindung mit

unseren Luftfahrtbehörden aufgenommen. Aus diesem Grund forderten die kubanischen Behörden um 10:40 Uhr vom Luftverkehrskontrollzentrum in Miami entsprechende Informationen an, worauf die-

ses antwortete, keinerlei Information zu haben. Daraufhin starteten Flugzeuge der kubanischen Luftwaffe, und die Luftpiraten zogen sich angesichts ihrer Präsenz zurück.

Trotz der Warnung des Luftverkehrskontrollzentrums von Havanna begannen am Nachmittag desselben Tages erneut drei Flugzeuge, unter Verletzung ihrer Flugpläne, in eine aktivierte Gefahrenzone einzudringen. Der Anführer der Bande, der sich an der Aktion beteiligte, antwortete, ihm sei bekannt, daß es verboten sei, in diesem Gebiet zu fliegen, man habe aber dennoch die Absicht, es zu tun. Auch von einem weiteren Flugzeug wurde ge-

J.A. PAZ. (EFE).- Die Gruppe von Río delma die Verschärfung des US-Wirtschaftsembargos gegen die Republik Kuba energisch ab, weil "es die Prinzipien und Normen des internationalen Rechts verletzt".

meldet, daß man in Richtung Havana fliegen werde.

Unter diesen Umständen starteten die Abfangjäger der kubanischen Luftwaffe zu einem präventiven Warnmanöver. Da sie daraufhin keine Antwort erhielten und sich nach Einschätzung der Piloten und des Luftkommandos zwei Luftpiraten 5 bzw. 8 Meilen von unserer Küste entfernt befanden, imstande, die Aktionen vom 9. und 13. Januar zu wiederholen, befahl der Generalstab der Luftabwehr, im Hinblick auf die seit Mitte Januar erlassenen Anweisungen und die entsprechend erteilten Genehmigungen, den Jagdfliegern den Abschluß der beiden Flugzeuge. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Verletzungen und die Aktionen der

Piraterie eine Frage von nur wenigen Minuten sind. Das dritte Flugzeug, das sich zu diesem Zeitpunkt bereits außerhalb unseres Luftraumes befand und sich entfernte, wurde nicht weiter verfolgt.

Die kubanische Regierung übernimmt die volle Verantwortung für die patriotische Handlung, die der legitimen Verteidigung der Souveränität und Sicherheit des Landes diene.

Die Arbeiten zur Suche und Bergung möglicher Überlebender wurde von den Hubschraubern und Wasserfahrzeugen unserer Grenzschutztruppen sofort aufgenommen und am 25. Februar fortgesetzt. An diesem Tag wurden um 10:00 Uhr vormittags in einer Entfernung von 9,3 Meilen nördlich der Küste von Havana eine Reihe von technischen Objekten gefunden, darunter Navigationskarten, eine Reisetasche und ein tragbares Batterieladegerät.

Es war die kubanische Regierung, die als erste, noch vor der US-Regierung und lange vor dem Sicherheitsrat, öffentlich den Verlust von Menschenleben bedauerte, zu dem es am 24. Februar als Folge der unverantwortlichen und kriminellen Handlungen gegen unser Volk gekommen war. Noch am gleichen Tag, an dem sich der Vorfall ereignete, wurde in der ersten Erklärung, die unser Außenministerium dazu herausgab, mitgeteilt, daß Kuba das Gesuch der Einheiten des US-amerikanischen Küstenschutzes sofort akzeptiert habe, sich in unseren Hoheitsgewässern gemeinsam mit kubanischen Einheiten an den Such- und Bergungsarbeiten am Ort des Abschusses der Flugzeuge zu beteiligen. Dies läßt andererseits die Schlußfolgerung zu, daß die US-amerikanischen Behörden selbst vom ersten Augenblick an anerkannten, daß sich der Vorfall innerhalb der kubanischen Hoheitsgewässer ereignet hatte.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Regierung der USA den Vorfall vom 24. Februar und den Konflikt, der sich aus diesen Geschehnissen hätte ergeben können, provozieren wollte. Wir stellen lediglich fest, daß die US-Regierung keine wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen hat, die rechtzeitig verhindert hät-

ten, daß sich diese Vorfälle ereigneten. Die Anordnungen, die Präsident Clinton in den letzten Tagen erlassen hat, und die von den US-amerikanischen Behörden seit Samstag, dem 2. März vollzogen werden, waren in der Lage, eine weitere Provokation zu unterbinden, die für eben diesen Tag von den gleichen Akteuren geplant war, die für die vorangegangenen Verstöße verantwortlich sind. Wenn diese Anordnungen früher erlassen und vollzogen wor-

den wären, hätten sich diese Vorfälle nicht ereignet, und es wären keine Menschenleben zu beklagen gewesen.

Man ist sogar so weit gegangen, zu behaupten, die Organisation "Hermanos al Rescate" sei humanitären Charakters. Diese Versammlung sollte wissen, daß diese Bande, die 1991 gegründet und offiziell als "gemeinnützige Organisation ohne politische Interessen" eingetragen wurde, in Wirklichkeit mit dem schmutzigen Geld der Extremistenmafia von Miami finanziert wird. Es wäre interessant, die Zusammenhänge zu untersuchen, die zwischen der *Fundación Nacional Cubano-Americana* (Kubanisch-Amerikanische Nationale Stiftung) und dieser Gruppe bestehen, oder die intensiven Bemühungen genauer zu analysieren, die die Kongreßabgeordnete Ileana Ross-Lehtinen unternommen hat, damit das US-Verteidigungsministerium dieser Gruppe drei der gegen Kuba eingesetzten Flugzeuge als Spende überlasse oder zu einem günstigen Preis verkaufe.

José Basulto, der führende Kopf dieser Organisation, ist Kuba wohl bekannt. Von der CIA rekrutiert, wurde er in Panama und Guatemala ausgebildet und vor und nach der Invasion in der Schweinebucht nach Kuba eingeschleust. 1963 wurde er erneut als Funker eines terroristischen Kommandos nach Kuba eingeschleust, 1966 arbeitete er für die CIA in Brasilien. Das Flugzeug vom Typ Cessna 337, das er persönlich bei seinen Verbrechen gegen Kuba benutzt, trägt mit großen Schriftzügen die Nummer 2506. Das war die Bezeichnung der Söldnertruppe, die unter der Führung der USA 1961 in unserem Lande die Invasion in der Schweinebucht durchführte. Das mag eine Vorstellung geben von der Beschaffenheit seiner politischen und moralischen Werte. So

sieht die Vergangenheit eines Individuums aus, das sich heute als Vorkämpfer humanitärer Absichten darstellen will.

Mit der Unterzeichnung der Migrationsabkommen zwischen Kuba und den USA, die der illegalen Einwanderung ein Ende bereitet haben, wurde dem offenkundigen Ziel der betreffenden Organisation, nämlich der Förderung der illegalen Einwanderung in die USA, die Grundlage entzogen. So wurde die Provokation, Planung und Ausführung von terroristischen Aktionen zum klaren und einzigen Zweck dieser Organisation. Sie begann, ihre Flugzeuge für ständig offenere, aggressivere und gefährlichere Handlungen über kubanisches Territorium einzusetzen. Für die Durchführung ihrer Aktionen benutzten sie doppelrumpfige Flugzeuge mit militärischem Design des Typs Cessna, die aus US-Armeebeständen stammen und im Vietnamkrieg zur Aufklärungsflügen und Kampfhandlungen eingesetzt wurden. Wenn es Zweifel daran geben sollte, kann man im *Nuevo Herald de Miami* vom 19. Juli 1992 nachschlagen und sich das Foto eines Flugzeugs der Organisation "Hermanos al Rescate" ansehen, das noch die Kennzeichen der US-amerikanischen Luftwaffe trägt.

KUBA BESITZT GENÜGEND BEWEISE

Kuba besitzt genügend Beweise dafür, daß die besagte Organisation Pläne ausgearbeitet hat, um u. a. Hochspannungsmasten in Havana zu sprengen, die Raffinerie in Cienfuegos zu sabotieren und Attentate gegen führende kubanische Persönlichkeiten durchzuführen. Diese Vorkenntnisse sollten berücksichtigt werden, um sich die Gründe für die kubanische Entscheidung verständlich zu machen, den Flugzeugen dieser Organisation nicht zu erlauben, daß sie Kuba ungestraft überfliegen. Die aggressiven Pläne dieser Bande lassen keine Zweifel daran, daß es sich um eine paramilitärische, terroristische Organisation handelt, die einen offenen Krieg gegen unser Land führt.

Ihre Aktivitäten bestehen nicht nur in feindlichen und provokatorischen Handlungen gegen die Republik Kuba, die schwerwiegend und gefährlich sind und offensichtlich die Souveränität und Integrität eines Staates verletzen. Es ist notwendig zu betonen, daß alle Aktionen, die diese Organisation durchführt, außerdem Verletzungen der Normen der internationalen Zivilluftfahrt darstellen, und infolgedessen das Leben und die Sicherheit vieler Menschen und Flugzeuge gefährden.

Nehmen Sie als Beweis die Ab-

sicht, Rundfunk- und Fernsehübertragungen von internationalem Luftraum aus vorzunehmen, die, wie ich schon sagte, von den zuständigen US-amerikanischen Behörden selbst angekündigt wurde. Nehmen Sie als Beweis die Änderung der Flugpläne, die den Luftfahrtbehörden des Landes, aus dem sie kommen, vorgelegt werden müssen, die Durchführung von Flügen in geringer Höhe oder über nicht genehmigten Gebieten des eigenen US-amerikanischen Territoriums, den Einsatz von Kommunikationsmedien für Zwecke, die von denen abweichen, für die sie ursprünglich gedacht sind. Nehmen Sie als Beweis das unberechtigte Eindringen der Flugzeuge dieser Organisation, auf gefährliche und unverantwortliche Art und Weise, unkontrolliert und ohne Einhaltung der Regeln, und zur Realisierung von Zielen, die nichts mit der Darbietung von Dienstleistungen der Luftfahrt zu tun haben, in ein Gebiet, in dem wichtige Funktionen der internationalen Zivilluftfahrt ausgeübt werden und durch das einer der meist benutzten Luftkorridore der westlichen Hemisphäre verläuft.

Herr Präsident:

In den Luftkorridoren Kubas verkehren täglich ca. 400 reguläre gewerbliche Flüge, denen unsere Luftfahrtdienste immer die gewünschte Unterstützung und Zusammenarbeit gewähren. Tag für Tag durchqueren Tausende von Bürgern aus vielen Ländern, US-Amerikaner eingeschlossen, gefahrlos und ohne Schwierigkeiten den Luftraum über Kuba. Nicht ein einziges Mal hat es irgendeinen Vorfall gegeben, der die Zivilluftfahrt im kubanischen Luftraum beeinträchtigt hätte. Kurz gesagt, wir sind eines derjenigen Länder auf der Welt, die den Flugesellschaften und Reisenden des-

jenigen Landes die meisten Dienstleistungen in der Luftfahrt gewährt, das uns, nichtsdestotrotz, nicht nur mit einer Blockade belegt, sondern auch die normale Ausübung der kubanischen Anstrengungen in dieser Sphäre behindert, und von dessen Territorium aus im Laufe der Jahre außerdem feindliche und die Normen der internationalen Luftfahrt verletzende Aktionen

gegen Kuba ausgegangen sind und noch ausgehen. Wir sind noch dazu das Land, das man ohne jeden Grund für Vergehen verurteilt, die es nicht begangen hat, sondern deren Opfer es war.

Kuba brachte sofort seine Bereitschaft zum Ausdruck, mit der ICAO (International Civil Aviation Organization) zusammenzuarbeiten, weil Kuba mehr als jeder andere ein Interesse an der vollkommenen Aufklärung der Geschehnisse hat und

BRÜSSEL, Belgien (ANSA). - Das Präsidium der Europäischen Union und der Europaratschluß sandten einen Brief an die US-Behörden, in dem sie dazu auffordern, in der Krise mit Kuba keine einseitigen Entscheidungen zu treffen, die sich auf Drittländer oder Unternehmen dritter Länder beziehen und mit den im internationalen Handel gültigen Normen kollidieren könnten. Aus Quellen der Gemeinschaft in Brüssel geht hervor, der Brief mahne die Vereinigten Staaten vor möglichen Auswirkungen, die das verstärkte Embargo gegen Kuba auf die Beziehungen zwischen den USA und der EU haben könnte.

OTTAWA, Kanada, (PL) - Der kanadische Premier, Jean Chrétien, wies die US-amerikanischen Kritiken zu dem Entschluß seines Landes zurück, weiterhin mit Kuba Handel zu treiben, und betonte, die USA hätten sich nie dadurch ausgezeichnet, die Schnellsten zu sein, wenn es um die Verteidigung der Demokratie ginge. Er erinnerte daran, daß sich Washington im Ersten und Zweiten Weltkrieg Zeit genommen hatte, sich den Alliierten anzuschließen, und daß es die Diktatur Fulgencio Batista in Kuba Ende der Fünfziger Jahre unterstützte.

vor allem daran, sicherzustellen, daß sich diese in Zukunft nicht wiederholen werden. Wir verlangen, daß die USA die Untersuchungs- und Aufklärungstätigkeit ihrerseits gleichermaßen unterstützt.

Es ist ein glückliches Zusammentreffen, daß ebenfalls heute in Montreal, Kanada, der ICAO-Rat zusammentritt. Und obwohl unsere Vertreter dort die Stellungnahme Kubas vortragen werden, möchte ich der Vollversammlung einige der betreffenden Punkte zur Kenntnis geben. Kuba ist Mitbegründer der ICAO und seine Luftfahrtgesellschaft, Cubana de Aviación, gehört zu den ältesten der Welt. Noch nie wurde Kuba

aus irgendeinem Grund von dieser Organisation ermahnt; im Gegenteil, unser Land bietet Fluggesellschaften und Reisenden aus aller Welt einen angemessenen Service. Während der gesamten Geschichte der

Luftfahrt hat Kuba niemals den Luftraum irgendeines Staates verletzt, schon gar nicht den der USA.

Wir befinden uns in New York, in einer der Großstädte der Welt, die am einfachsten über den Luftweg zu erreichen sind. Trotzdem können Sie sich nicht vorstellen, welche Umwege ein kubanisches Flugzeug zurücklegen muß, um von Kuba aus in diese Stadt zu gelangen. Für Kuba ist es strengstens untersagt, die internationalen Luftkorridore zu benutzen, die über die USA hinwegführen.

Um die Legitimität der Handlung Kubas zur Verteidigung der Souveränität seines Luftraumes zu beurteilen, berief man sich auf eine Rechtsfigur, die nicht in Kraft ist, da sie nicht zum in der Satzung vorgesehenen Zeitpunkt ratifiziert wurde.

Der Artikel 3-a ist lediglich ein als Resolution A 25-1 benannter Vorschlag, der von der 25. Außerordentlichen Sitzungsperiode der ICAO einstimmig angenommen wurde, die bei der gleichen Gelegenheit beschloß, daß diese Änderung, in Übereinstimmung mit dem Artikel 94 der Konvention von Chicago, erst nach ihrer Unterzeichnung durch die 102 Mitgliedstaaten der Organisation in Kraft treten würde. Das haben aber nur 82 Staaten getan.

Mit Erstaunen stellt man fest, daß ein Organ anläßlich eines unerwarteten Vorkommnisses zusammentritt und einen Staat verurteilt, indem es sich auf eine gesetzliche Bestimmung beruft, die, wenn man es genau nimmt, ungültig ist. An dieser Entscheidung, die mein Land betrifft, sind 15 Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats beteiligt, von denen neun das betreffende Rechtsmittel nicht unterzeichnet haben. Weder Kuba hat dies getan, noch die USA.

In offiziellen Erklärungen US-amerikanischer Sprecher und verschiedener Medien zu dem provokativen Zwischenfall vom 24. Februar ist selbstherrlich versucht worden, die Handlungen gegen das kubanische Territorium als Maß-

nahmen der zivilen Luftfahrt zu deuten, wobei immer wieder auf dem zivilen Charakter der abgeschossenen Flugzeuge bestanden wurde. Bei einer bloßen Beobachtung der Tatsachen, ihrer Vorgeschichte und ihres Zusammenhangs wird jedoch klar, daß diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehrt.

Mit angeblichen Zivilflugzeugen wurden Havanna und andere Orte Kubas mehrfach bombardiert und beschossen. Mit angeblichen Zivilflugzeugen wurden Spione und Saboteure in das Territorium des Landes eingeschleust. Mit angeblichen Zivilflugzeugen wurden

Sprengstoffe und Brandbomben auf unsere Zuckerrohrplantagen und Wirtschaftsobjekte abgeworfen. Mit angeblichen Zivilflugzeugen sind Aktionen biologischer Kriegsführung gegen Kuba durchgeführt worden. Für diese ganze Kette

von Aggressionen, die jüngsten mit einbezogen, haben diese Flugzeuge ihren zivilen Charakter gegen den von Flugzeugen eingetauscht, die militärische Aktionen durchführten.

Hätten die USA derartige Provokationen, wie die, die Kuba tolerieren sollte, zugelassen? Hätten die US-amerikanischen Behörden akzeptiert, daß Flugzeuge aus Kuba oder einem anderen Land illegal in ihren Luftraum eindringen, um Flugblätter mit subversivem Inhalt abzuwerfen? Was wäre geschehen, wenn Zivilflugzeuge aus Kuba die Anweisungen der US-amerikanischen Luftverkehrskontrolle nicht befolgt hätten? Hätten Zivilflugzeuge aus Kuba ungestraft den Luftraum der Sicherheitszonen der Militärstützpunkte Andrews oder Fort Meade in der Nähe von Washington verletzen können? Hätten die USA die Herausforderung, die dies für ihre Luftverteidigung und ihren Grenzschutz bedeutet hätte, zugelassen? Wie hätte die Öffentlichkeit der USA auf eine derartige Prahlerei über das straflose Entkommen der Provokateure reagiert?

Die Antwort bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft. Aber es ist auch gar nicht nötig darüber nachzudenken: Sie hätten es nicht erlaubt. Vor einigen Tagen bestätigte dies ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, als er von Journalisten gefragt wurde, wie die Reaktion der USA darauf ausgesehen hätte.

WIR HABEN DAS RECHT, UNZULÄSSIGES NICHT ZU TOLERIEREN

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren Delegierte!

Kuba hat das Recht, Unzulässiges nicht zu tolerieren. Wir üben das gleiche Recht auf Verteidigung der territorialen Integrität unserer Heimat, seiner Souveränität und der Ruhe seiner Bürger aus, wie alle anderen Staaten auch. Mit der Unabhängigkeit und Freiheit Kubas

darf niemand spielen, und noch viel weniger darf man sie ungestraft verhöhnen.

Es gibt keine moralische Rechtfertigung dafür, von uns Rechenhaftigkeit zu fordern, wenn eben dieses Land, das diese Forderung aufstellt, die Täter und Hintermänner des Sabotageaktes an einem kubanischen Zivilflugzeug schützt, bei dem in Barbados 73 Personen umkamen. Dieses Land verhinderte mit allen nur möglichen Verfahrensmöglichkeiten im gleichen Sicherheitsrat die Untersuchung des Falles. Wäre die humanitäre Besorgnis echt, mit der sie heute prahlen und die sie vor der Welt zur Schau stellen, wären sie damals wirklich daran interessiert gewesen, Gerechtigkeit zu üben, schon allein wegen des Ausmaßes der Tat, hätten ihnen wenige Stunden genügt, um in demselben Rat gegen eines der verwerflichsten und empörendsten Verbrechen vorzugehen, die es in der Geschichte der Aggressionen gegen unser Volk gegeben hat.

Wir fragen diese Versammlung, ob das souveräne Recht der Verteidigung der Grenzen und die nationale Sicherheit der Länder etwa allein das Recht der Mächtigsten ist und nicht das Recht der Armen und Kleinen. Wenn die Welt das, was in Kuba geschah, toleriert, würde sie damit einen Freibrief für die Verletzung der Souveränität ausstellen und alle Nationen der internationalen Gemeinschaft zu potentiellen Opfern machen.

Es ist auffällig, daß diese Ereignisse alle in einem Punkt münden: in der Annahme des infamen Gesetzentwurfes durch den US-Kongreß, dessen Ziel es ist, letztendlich der Welt den Zugang zu Kuba zu blockieren, nachdem die USA 35 Jahre lang erfolglos versucht haben, eine grausame und verrohte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durchzusetzen, die diese souveräne Versammlung mehrere Jahre hintereinander verurteilt hat. Es ist offensichtlich, daß das, was da ins Rollen gebracht wurde, eine gemeine Konspiration der kubanisch-amerikanischen Rechtsextremisten im Bündnis mit den reaktionärsten Figuren des US-Kongresses ist, nicht nur gegen Kuba, sondern gegen die Regierung des eigenen Landes, um diese in ernste Widersprüche und Probleme, bis hin zu kriegerischen Handlungen, zu verwickeln, inmitten eines harten Wahlkampfes um die Präsidentschaft der Nation. Die erste Schlußfolgerung daraus müßte mindestens die endgültige Ablehnung des verbrecherischen Gesetzentwurfes Helms-Burton sein. Die US-Regierung, die jetzt Maßnahmen gegen Kuba ergreift, sollte begreifen, daß diese Provokationen auch gegen sie selbst gerichtet sind.

Es sollte klar sein, daß eine dieser von der US-Regierung in der Hektik der Ereignisse getroffenen Entscheidungen, die Unterstützung dieses Gesetzes, eine offene Brückierung der mehrheitlichen Verurteilung darstellt, die diese Generalversammlung in den letzten Jahren hinsichtlich der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die über unser Land verhängt wurde, ausgesprochen hat. Es sollte klar sein, daß

das Gesetz Helms-Burton nicht etwa ein Gesetz gegen Kuba ist, sondern gegen die Menschheit. Es ist ein Gesetz gegen Sie alle und gegen jeden, der von dem Recht Gebrauch machen will, Beziehungen zu Kuba zu knüpfen, Handel mit Kuba zu treiben und frei in Kuba zu investieren. Es treibt die Mißachtung der Souveränität und Selbstbestimmung der Völker in ungläubliche Höhen, und von dieser Höhe herab übt man sich in der neuen Weltregierung, die uns die Kreise, die das Gesetz gefördert haben, für das kommende Jahrhundert in Aussicht stellen. Es ist außerdem eine Probe, um festzustellen, in wieweit dem politischen System und der Gesellschaft der USA das Programm der Rechtsextremisten aufgezwungen werden kann.

Seine Extraterritorialität ist außerdem der Versuch einer übernationalen Gesetzgebung, die die Gesetze unzähliger Länder verletzt. Es schränkt die Freiheit des Handels ein, die bisher ein heiliges Prinzip der modernen Wirtschaft zu sein schien, und schafft mit seinem Kapitel III internationale juristische Präzedenzfälle, denen wohl kein einziges Land der Erde entrinnen kann.

Betrachtet man die in diesen Tagen getroffenen Maßnahmen im einzelnen, so stillt jede einzelne den politischen Hunger der kubanisch-amerikanischen Mafia in Miami, die angesichts der Anstrengungen und Ergebnisse Kubas bei der Erholung seiner Wirtschaft, bei der Stärkung seiner demokratischen Einrichtungen und seiner Würde, bei der Festigung des Sozialismus, den es als Gegenwart und Zukunft für sein Volk gewählt hat, in verzweifelter Wut geraten ist. Diese Mafia ist stets gegen alles, und was auch immer getan wird, für sie wird es nie genug sein.

Es stört sie, daß sich die Welt Kuba gegenüber öffnet und daß sich Kuba gegenüber der Welt geöffnet hat. Es beleidigt sie, daß die internationale Staatengemeinschaft Jahr für Jahr und immer stärker diese gemeine und massive Verletzung des Existenzrechtes von 11 Millionen Kubanern verurteilt, auf die die Blockade herausläuft. Es erzürnt sie, daß mit jedem Touristen und mit jedem Unternehmer, der die Insel betritt, die Lügenmauer, die sie jahrelang um unsere Heimat errichtet haben, Stein um Stein zusammenbricht.

Jenen, die schon lange vorher erklärt haben, sämtliche gesetzlichen Anordnungen an ihre Unternehmer und Staatsbürger durch irgendeinen fremden Staat seien inakzeptabel, senden wir von hier aus eine Botschaft der Ermunterung: Kuba, die Insel der Mutigen, wird niemals vom eingeschlagenen Weg abweichen; es wird die Hoffnungen und das Vertrauen seiner Freunde, wie auch seiner Partner, niemals enttäuschen, allen Drohungen und multilateralen oder bilateralen Maßnahmen zum Trotz, die wer auch immer ergreifen möge.

Nichts, absolut nichts, raubt uns den Schlaf. Seit langem haben wir gelernt, daß man gegenüber einem arroganten und übermächtigen Nachbarn keine Schwächen zeigen darf. Furchtlos zu leben, hat uns bis

MEXIKO, (PL) - Mexikanische Unternehmer und Regierungsexperten begannen mit der Analyse möglicher Maßnahmen gegen das Helms-Burton-Gesetz, das vor wenigen Tagen vom US-Kongreß mit der Absicht angenommen wurde, die Blockade gegen Kuba zu verstärken.

heute lebendig erhalten. Wir wissen gut, daß diese Herausforderung der Preis dafür ist, frei und ohne Herren zu leben. Wir erheben die Stimme nicht, wir benutzen keine ungerechtfertigten Schimpfwörter und Beleidigungen, wir müssen uns weder der Hysterie noch phantastischer Fabeln bedienen.

37 Jahre Kampf haben uns gelehrt, daß die Kraft der Wahrheit nicht aus dem Tonfall herrührt, in dem sie vorgetragen wird, sondern aus der Überzeugung, mit der sie vorgebracht wird, und aus den Prinzipien, auf die sie sich stützt. Wir sind ein kleines Land, aber wir werden niemals und von niemandem unseren Himmel, unser Meer, unsere Erde und unsere Fahne verletzen, erniedrigen oder verspotten lassen.

In dem fast hundertjährigen Kampf für unsere Befreiung von jeglicher Art von Kolonialismus und für die Errichtung einer freien, demokratischen, souveränen und unabhängigen Nation ist zu viel Blut geflossen, zu viel Achtung verdienen unsere Geschichte, unsere Taten und unser heldenhaftes Volk, und zu groß ist unser Wunsch, besonders unseren Kindern Ruhe zu geben, als daß wir darauf verzichten könnten, unsere Souveränität zu bewahren.

Unsere Dialogbereitschaft ist im Laufe der Beziehungen zu den USA konsequent zum Ausdruck gekommen. Kuba hat genügend Beweise seines guten Willens und seiner Bereitschaft geliefert, Fortschritte bei der Lösung der Konflikte zu erzielen, die in diesen Beziehungen aufgetreten sind, und es ist gewillt, alle eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das haben wir mit der peinlich genauen Erfüllung der Vereinbarungen bei Beendigung des Krieges in Angola bewiesen, nachdem wir unsere Pflicht erfüllt haben, mit unserem Blut beizutragen zur Wahrung der Souveränität dieses Landes, zur Durchsetzung der Resolution Nr. 435, zur Unabhängigkeit Namibias und schließlich zum Ende der Apartheid. Das haben wir mit der Genehmigung von Reisen und anderen Formen der Kommunikation zwischen Kuba und den USA bewiesen, mit der Aufnahme und Entwicklung von Beziehungen zwischen unserem Land und der kubanischen Gemeinschaft im Ausland und mit den Vereinbarungen zu Migrationsfragen, um nur einige Beispiele zu nennen.

In diesen und anderen Fällen wurde der Beweis angetreten, daß die Probleme in den bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und den USA durch entsprechendes Vorgehen gelöst werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Die kubanische Seite erhält diesen Willen aufrecht. Wir haben kein Interesse an einer Konfrontation, und das entspräche auch nicht unserem Wesen. Wenn die US-Regierung wirklich daran interessiert ist, die Reibungspunkte oder Konflikte zwischen unseren beiden Ländern über Gespräche und Verhandlungen zu beseitigen oder abzubauen,

so betonen wir hier erneut, daß Kuba bereit ist, und es auch weiterhin sein wird, in dieser Richtung voran zu kommen.

Sollte man aber versuchen, Druck auf Kuba auszuüben oder Sanktionen oder Strafen anzudrohen, so bekräftigen wir hier ebenfalls, daß wir niemals vor Druck oder Drohungen nachgegeben haben. Nicht einmal während der Oktoberkrise 1962, als unsere Bevölkerung vor der konkreten Gefahr ihrer nuklearen Zerstörung stand. Wir werden es auch heute nicht tun.

Dies ist der Moment, da es ernsthaft zu beweisen gilt, ob die Welt für Frieden, Wohlstand und das Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit, das wir Kubaner uns gegeben haben, eintreten will, oder ob sie diejenigen unterstützen will, die unter dem Deckmantel der Ritterlichkeit zum Krieg anstiften und außerdem die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Washington und Havanna verhindern sowie normale und gesunde Beziehungen zum Heimatland, wie sie die Mehrheit der Töchter und Söhne Kubas wünscht, die in den USA leben.

Herr, Präsident!

Kuba ist auf dieser Generalversammlung nicht nur erschienen, um die Geschehnisse ohne Verdrehung der Tatsachen und ohne Täuschungsmanöver unverfälscht wiederzugeben und seinen Standpunkt zu Vorkommnissen zu erläutern, die es direkt angeht. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß, so wie heute Kuba, morgen jeder von uns einem vergleichbaren Manöver zum Opfer fallen kann.

Für mein Land besteht die Rolle dieser Organisation nicht darin, den Mächtigen als Instrument bei der Durchsetzung ihrer politischen Entscheidungen zu dienen. Ihr wahres Ziel muß es sein, letztendlich eine Welt aufzubauen, in der das Recht auf ein Leben in Frieden und Würde für alle Völker gleichermaßen respektiert wird, in der die Entwicklung an die Stelle von Armut, Krankheit und Unwissenheit tritt, unter denen heute der größte Teil der Menschheit leidet.

Eine Welt, in der Zusammenarbeit aufhört, ein sinnloses Konzept zu sein und sich in eine gewohnte Praxis verwandelt, in der Gerechtigkeit und Gleichheit in den internationalen Beziehungen zum höchsten Gesetz eines neuen Lebenssystems auf einem Planeten werden, dessen begrenzten Raum wir teilen.

Eine Welt, in der Frieden nicht mit Waffengewalt hergestellt wird, sondern das natürliche Ergebnis einer gleichmäßigen Entwicklung für alle Völker ist; in der das Internationale Recht auf alle Nationen in gleicher Weise angewendet wird.

Eine Welt, in der letztendlich die Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität, der nationalen Unabhängigkeit, der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten ohne Einschränkungen und Vorbehalte respektiert werden, in dem Geiste, der im Jahrzehnt des

Internationalen Rechts der Vereinten Nationen herrschen sollte.

Im Kampf aller für diese Ziele konnte die internationale Gemeinschaft immer mit Kuba rechnen, und sie kann es unverändert.

Unser Volk unternimmt heute eine gewaltige Anstrengung, um seine Entwicklung voranzutreiben, inmitten der schwierigen Lage, die uns die knochenharte Blockade der US-Regierung seit über 37 Jahren auferlegt. Warum befaßt sich der Sicherheitsrat, der im Fall der beiden Flugzeuge, die unseren Luftraum verletzt haben und am 24. Februar abgeschossen wurden, so schnell gehandelt hat, nicht auch mit dieser Blockadepolitik, die von dieser Generalversammlung bereits zum vierten Male verurteilt worden ist? Warum werden die jetzigen Pläne, die in der USA existieren, um diese Blockade und ihre brutalen Auswirkungen auf das kubanische Volk auf kriminelle Weise noch zu verstärken, nicht diskutiert? Warum analysiert er nicht das Verhalten eines Mitgliedstaates, der die Entscheidung der Generalversammlung der Vereinten Nationen mißachtet und sie somit verhöhnt?

Wir hoffen, daß sich dieses eine Mal nicht wiederholt, woran wir leider gewöhnt sind, daß man versucht, die Opfer zu verurteilen und zu bestrafen, und nicht die Aggressoren.

Wir haben weder die Drohungen gefürchtet, noch den Machtmißbrauch, der diejenigen korrumpiert und erniedrigt, die sich seiner bedienen und sich ihm unterordnen. Seit langer Zeit schon, seit der Zeit, als die Generation unserer Väter die entscheidende Schlacht, um die Freiheit des Vaterlandes zu erkämpfen, in Angriff nahm, haben wir die Lektion begriffen, daß keine rohe Gewalt jene zum Gehorsam zwingen kann, die frei geboren wurden und gelernt haben, erhobenen Hauptes durch die Welt zu gehen.

Vielen Dank.

GEGENREDE DER UN-BOTSCHAFTERIN DER USA, MADELEINE ALBRIGHT

Vielen Dank, Herr Präsident!

Ich habe den Beitrag des Außenministers Kubas sehr genau verfolgt, ich habe sehr aufmerksam zugehört, um nach den Entschuldigungen für die Verletzung des Internationalen Rechts zu suchen, nach einem schlichten Ausdruck des Bedauerns über den Tod von vier jungen Menschen, nach einem Abfindungsangebot an die Familien und nach der Zusicherung, daß man in Zukunft die Verpflichtungen erfülle, die alle Nationen zu beachten haben. Ich habe vergeblich zugehört.

Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten beabsichtigte und beabsichtigt keine Konfrontation mit Kuba. Meine Regierung und unser Volk wünschten von ganzem Herzen, daß dieser Zwischenfall nie

geschehen wäre. Wir können aber nicht schweigen, wenn unsere Bürger ermordet werden, und zusehen, wie die kubanische Regierung die Schuld auf diejenigen schiebt, die ihre Opfer sind.

Letzte Woche hörten wir im Sicherheitsrat von ihrem Ständigen Vertreter den Standpunkt der Regierung Kubas.

Die USA sahen von den üblichen Formalitäten der Visaerteilung ab, um dem kubanischen Außenminister eine schnelle Einreise nach New York zu ermöglichen, und ich gab ihm als Präsidentin des Sicherheitsrates die Möglichkeit, vor diesem Gremium unmittelbar nach seiner Ankunft zu sprechen, doch er lehnte dieses Angebot ab.

Jetzt haben wir diese Erklärung gehört. Alles, was wir bis jetzt von der kubanischen Regierung gehört haben, ist bedauerlicherweise nur Propaganda und keine Tatsachen. Fakt ist, daß am 24. Februar die kubanischen Militärs zwei unbewaffnete und offensichtlich als zivil erkennbare Flugzeuge absichtlich, aus freien Stücken und bei Tageslicht abgeschossen haben.

Wie die kubanischen Funktionäre genau wissen, stellten diese Flugzeuge keine Gefahr für das Volk und die Regierung Kubas dar, die Flugzeuge befanden sich im internationalen Luftraum und wurden unter eindeutiger Verletzung des Völkerrechtes absichtlich zerstört. Auch wenn Kuba versucht, die Sache zu verdrängen, ist die Frage nach der Legitimität nicht unklar, sondern klar. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts verstößt der Abschub der Flugzeuge unter diesen Umständen gegen das Verbot des Einsatzes von Waffen gegen Zivilflugzeuge. Dieses Verbot besteht schon lange und ist nicht abhängig vom Inkrafttreten des Artikel 3-B a der Konvention von Chicago. Deshalb traten die fünfzehn Mitglieder des Sicherheitsrates zusammen, um zu erklären, daß es sich bei diesen Morden im Luftraum um ein internationales Verbrechen handelt.

Und deswegen fand die Erklärung des Rates die Zustimmung vieler anderer Länder auf der ganzen Welt. Während wir hier sprechen, wird dieser Zwischenfall in der ICAO behandelt. Meine Regierung erwartet, daß diese Organisation eine Untersuchung durchführt. Wir werden voll mit ihr zusammenarbeiten, und es hat uns gefreut, zu hören, daß auch die kubanische

Regierung sich vorgenommen hat, es zu tun.

Herr Präsident, hinter einem nebulösen Schleier der Rhetorik, den uns die kubanische Regierung zu diesem Zwischenfall geboten hat, steht

die einfache Frage, was schlecht und was gut ist, was rechtmäßig ist und was nicht. Die einzige Warnung, die die Flugzeuge erhalten haben, kam von der Zivilluftverkehrskontrollstelle Havanna, als sich die Flugzeuge auf halber

SÃO PAULO, Brasilien (EFE).- Der vom US-Kongress angenommene Gesetzentwurf Helms-Burton verletzt das Internationale Recht, stellte heute das Lateinamerikanische Parlament (Parlatino) fest.

SANTIAGO DE CHILE, (PL).- Chilenische Unternehmer und Politiker drückten gemeinsam mit der Regierung der Andenregion ihre Ablehnung gegen das vom US-Kongress befürwortete Helms-Burton-Gesetz aus.

Strecke zwischen Florida und Kuba, dem 24. Breitengrad nördlichen. Havanna warnte die Piloten, daß sie nur in Gefahr seien, wenn sie in militärisches Sperrgebiet südlich des 24. Breitengrades, aber trotzdem noch in internationalem Luftraum, fliegen würden.

Die Mig-Jäger, die die Flugzeuge einschüchterten, versuchten nie, eine Funkverbindung herzustellen. Die Jäger näherten sich nicht, signalisierten den Flugzeugen nicht, daß sie landen sollten, es wurden weder Warnschüsse abgegeben noch wurde den Flugzeugen der USA mitgeteilt, daß ein Angriff unmittelbar bevorstand. Der Wortwechsel zwischen den kubanischen Piloten und ihrer Bodenstation beweist, daß die einzige Absicht darin bestand, diese unbewaffneten und kleinen Flugzeuge abzuschießen. Einer der Piloten sagte sogar, wenn wir vorbeischießen, wird die Sache kompliziert.

Herr Präsident, in seiner Erklärung verwies der Minister Kubas auf die vorangegangenen Flüge der Gruppe *Hermanos al Rescate*, die in den kubanischen Luftraum eingedrungen sind. Die kubanischen Beschwerden über diese Flüge wurden von den USA entsprechend der Konvention von Chicago behandelt. Wir halten uns an das Gesetz und dulden keine Straffreiheit. Der Minister hat selbst gesagt, daß wir diese Angelegenheit ernsthaft behandeln, weil wir keine diplomatischen Zwischenfälle wünschen. Doch zu keinem Zeitpunkt unseres diplomatischen Austauschs mit den Kubanern erwähnte die kubanische Regierung, daß *Hermanos al Rescate* eine terroristische Organisation sei oder terroristische Gewaltakte plane, und immer wieder weisen wir die kubanischen Funktionäre darauf hin, daß wir die Aktivitäten der Gruppe natürlich nicht fördern, sie haben uns zugesichert, friedliche Absichten zu verfolgen.

Letzten Samstag hatte ich in Miami Gelegenheit mit den Familien der vier ermordeten Männer, Mario de la Peña, Pablo Morales, Carlos Costa y Armando Alejandro, zusammenzukommen. Ich hatte Gelegenheit, mit ihren Eltern und anderen Familienangehörigen zu sprechen und die Mütter dieser jungen Menschen über ihre Söhne zu befragen. Was sie mir sagten, deckt sich mit der objektiven Geschichte. Es handelt sich um Männer, die nicht verbittert und haßerfüllt, sondern um das Überleben derjenigen besorgt waren, die, genau wie sie, versucht haben, dem despotischen Regime in Kuba zu entkommen. Es waren friedliebende, nicht gewalttätige Menschen. Es ist infam, anzunehmen, wie uns der kubanische Vertreter glauben machen will, daß diese jungen Leute in diesen unbewaffneten Flugzeugen Feinde des kubanischen Volkes waren. Ganz im Gegenteil, in ihrer Liebe zur Freiheit und zu ihrem Vaterland sind sie Beispiele des kubanischen Volkes. Deswegen reflektiert ihr Leben und ihr Tod die Worte José Martí's: So, wie die Knochen für den menschlichen Körper, wie die Achse für das Rad, der Flügel für den Vogel und die Luft für den Flügel, ist die Freiheit der Inhalt des Lebens.

Herr Präsident, die Grundfrage, um die es hier geht, ist nicht kompliziert. Aus ihr kann man keine zwei gleichwertigen Schlußfolgerungen ziehen, es ist keine politische Frage. Es ist die Frage, ob es akzeptiert werden kann, daß Kuba diese zwei unbewaffneten Zivillflugzeuge abschießt. Meine Regierung besteht darauf, daß dies eine falsche Handlung, eine klare Verletzung des Völkerrechtes war und als solche muß sie von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft angeklagt werden.

Vielen Dank, Herr Präsident.

DIE USA MÖCHTEN DIE WELT REGIEREN

ANTWORT DES KUBANISCHEN AUSSENMINISTERS

Herr Präsident, verehrte Delegierte!

Auch wir haben erwartet, etwas anderes von der US-Delegation zu hören. Um es genauer zu sagen, sollten alle erwartet haben, eine andere Rede von der US-amerikanischen Delegation zu hören. Die Stellungnahme beweist offensichtlich einmal mehr, von welchem Standpunkt aus die US-Amerikaner die Vorfälle vor der internationalen Gemeinschaft darzustellen versuchen. Sie behandeln sie u.a. einzig und allein auf der Grundlage dessen, was am 24. 2. geschehen ist und verfassen Artikel und geben Erklärungen ab, bis hin zu solchen, die sich auf nebulöse Schleier beziehen, die von kubanischer Seite längst gelüftet wurden.

Im Verlauf der Geschichte der Ereignisse vom 24. Februar bis heute, haben wir klar herausgestellt, welches die kubanische Position ist. Wir haben der internationalen Gemeinschaft nur gesagt, daß wir das Recht haben, gehört zu werden, und ich bin der Auffassung, daß in der Gegenrede, zu der die US-Regierung in diesem Rahmen ebenfalls das Recht hat, nicht die ganze Wahrheit gesagt wurde. Vor der Welt wird diese Aktion weiterhin als etwas Geplantes, etwas, das von kubanischer Seite ausging, dargestellt, als schlichte Aggression, bei der wir die Provokateure gewesen sind.

In ihren Ausführungen, Frau Botschafterin, haben sie absolut nicht die ganze Wahrheit gesagt. Es wäre wichtig, daß die Gemeinschaft erfährt, in welchem Maße all die Informationen, die wir hier geliefert haben und über die wir verfügen, bis in die höchsten Ebenen ihrer Regierung gedrungen sind, und daß man, wie sehr wohl bekannt sein dürfte, nichts von dem getan hat, was man zu tun versprochen hat. Das müßte Ihnen ebenfalls bekannt sein.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß wir nicht einfach von einer Aktion sprechen, oder wie sie es darstellen wollen, von einer kubanischen Provokation und von übertriebener Gewaltanwendung. Ich glaube, daß es nicht so einfach ist, wie man es letztlich darstellen möchte, was schlecht und was gut ist. Es geht hier darum, daß die USA nach wie vor eine Sprache benutzen, als könne man von diesem Land aus, oder diesem Platz hier, die Welt regieren.

Ja, es gibt einen Vorfall, der mit

meinem Land zu tun hat, das angegriffen, das provoziert wurde, und das haben wir erklärt, und wir haben unsere Bereitschaft erklärt, in dieser Untersuchung zusammenzuarbeiten. Aber es geht nicht nur darum, zu untersuchen, was am 24. Februar geschah, weil die verehrte Botschafterin die Möglichkeit hatte, sich mit den Angehörigen der Personen zu treffen, die ihr Leben bei dieser verantwortungslosen Aktion verloren. Seit mehr als 30 Jahren leben wir Seite an Seite mit den Angehörigen von Tausenden von Opfern, die ebenfalls infolge dieser US-amerikanischen Aggressivität ihr Leben verloren haben. Und als Ergebnis der, von den USA aus gesteuerten und erlaubten Aktionen in der Luft, zu Land und zu Wasser mußten wir den Verlust hunderter Söhne des kubanischen Volkes beklagen.

Es handelt sich deshalb also darum, daß man die Welt glauben machen will, der Sicherheitsrat oder die US-Delegation selbst haben das Recht die Untersuchungen abzuschließen.

Wir waren es, die bei der ICAO eine Untersuchung beantragt haben. Und das bedeutet, daß es nicht die USA sind, denen wir die Beweise vorzulegen haben, mit denen wir in dieser Untersuchung aufwarten. Die USA begehen den Fehler, und das entnehme ich ihren eigenen Worten, daß sie, so wie sie reden, kein Ergebnis irgendeiner Untersuchung benötigen. Der US-amerikanische Geheimdienst hat aus der großen Höhe, aus der er uns beobachtet und uns führen will, die Untersuchungen bereits abgeschlossen. Und hat, dies allerdings wirklich hinter einem nebulösen Schleier, zu verstehen gegeben, was er für Schlußfolgerungen von der ICAO erwartet

Wie ich höre, sind die Schlußfolgerungen bereits gezogen. Zumindest hat sich die Botschafterin der USA in dieser Versammlung so ausgedrückt.

Als wir die Möglichkeit zu sprechen beantragten, ging es nicht darum, daß die Versammlung eine Untersuchung durchführt, sondern darum daß die Versammlung uns hört. Ich glaube nicht, daß die USA darauf angewiesen sind, daß die Versammlung ihnen zuhört, denn die USA sorgen seit Beginn der Zwischenfälle dafür, daß die Welt ihnen zuhört. Dafür benutzen sie ihre Macht, benutzen sie ihre Erfahrung in Kampagnen dieser Art und benutzen sie ihre Stellung im Sicherheitsrat. Sie erreichten, daß die Welt die USA lange vor uns hörte. Wir wollten daß die Versammlung die kubanische Seite anhört, daß die ICAO eine Untersuchung durchführt und die USA absolut davon überzeugt werde, daß sie nicht das einzige Land sind, das Untersuchungen durchführen muß.

Von unserer Seite aus kooperieren wir in allem. Aber was mein Land niemals zulassen wird, nicht vor der Kooperation, nicht während der Kooperation und nicht nach der Kooperation, ist, daß die USA diktiert, was wir zu tun haben, und daß sie, wie immer, Schlußfolgerungen ziehen und die Welt diese zu akzeptieren hat.

Ich würde um eine Lektion in Bescheidenheit bitten. Es wäre nötig, daß sie einmal auf die Welt hörten,

und wenn sie nicht auf die Welt hören möchten, wenigstens respektierten, daß die Untersuchung zum Abschluß gebracht wird. Vielen Dank.

RECHTSSTAAT ?

GEGENREDE DER US-BOTSCHAFTERIN

Vielen Dank, Herr Präsident. Wir sind ein Rechtsstaat mit Gesetzen, die wir einhalten und einhalten werden. Diese Tragödie ist Ausdruck der Unfähigkeit der Regierung Kubas, sich an das Gesetz aller Nationen zu halten. Kuba hat das Völkerrecht verletzt und wir warten immer noch darauf, daß man sich dafür entschuldigt, es getan zu haben. Nicht ein einziges Wort, das hier gesagt wurde, kann diesen feigen Akt der kubanischen Regierung wettmachen, die unbewaffnete Flugzeuge mit Raketen von Kriegsflyern aus abschoß. Der Sicherheitsrat hat außerdem im Namen der internationalen Gemeinschaft ganz deutlich erklärt, daß es ein internationales Verbrechen darstellt, und nichts von dem, was der Außenminister gesagt hat oder sagen könnte, würde an dieser Tatsache etwas ändern.

Vielen Dank, Herr Präsident.

ES IST ALARMIEREND, DIE USA DAVON SPRECHEN ZU HÖREN, EIN ANDERES LAND VERLETZE INTERNATIONALE GESETZE

ANTWORT DES KUBANISCHEN AUSSENMINISTERS

Wir können uns hier in diesem Rahmen in nicht enden wollenden Diskussionen üben. Das ist nicht die Absicht der Kubaner. Was allerdings merkwürdig und wirklich beeindruckend und alarmierend ist, ist ein Land wie die USA davon sprechen zu hören, ein anderes Land verletze die internationalen Gesetze.

Mir würden die fünf Minuten Redezeit nicht reichen, nur um die lange Liste der Rechtsverletzungen von internationalem Charakter aufzuzählen, die das Land begeht, das jetzt beabsichtigt, uns zu verurteilen. Ich würde mir auch nicht so sicher sein, es im Namen des Sicherheitsrates zu tun, der uns nur Unsicherheit bietet. Ich würde klarstellen, und dafür reichen mir fünf Minuten, daß die Sicherheit im Handeln meines Landes nicht von dem Organ abhängt, das der Welt nur absolute Unsicherheit bietet. Nichts bringt uns mehr Unsicherheit, als wenn der Sicherheitsrat zusammentritt. Demnach ist es sehr schwierig, in Termini zu sprechen, die man vielleicht jetzt in der Erklärung verwendet, die aber nicht exakt dem Dokument entsprechen, das der Sicherheitsrat verabschiedete.

Ich würde darum bitten, daß die USA nicht noch einmal den Vorsitz in diesem Organ übernehmen. Heute haben sie ihn bereits nicht mehr. Und wenn sie von der Deklaration sprechen, dann sollten sie sich an den Text und nicht an ihre Absichten halten. Offensichtlich ist, daß die USA den Sicherheitsrat weiter führen wollen.

Vielen Dank.

Erklärungen des Piloten Juan Pablo Roque

"Ich möchte den wahren Charakter der Organisation 'Hermanos al Rescate' aufzeigen"

• KURZ nach der Verletzung des kubanischen Luftraums durch zwei Piratenflugzeuge, die von den kubanischen Luftstreitkräften abgeschossen wurden, interviewten das kubanische Fernsehen und die Zeitung *Juventud Rebelde* den Piloten Juan Pablo Roque, Mitglied der konterrevolutionären Organisation "Hermanos al Rescate", der auch die beiden Piloten angehört hatten, die am 24. Februar abgeschossen wurden.

Hiermit geben wir eine Zusammenfassung beider Interviews.

"Die Organisation 'Hermanos al Rescate' entstand 1991 in den Büros der *Fundación Nacional Cubano-Americana*, genauer gesagt brachte Martin Pérez mit einigen Ex-Agenten der CIA, José Basulto, Billy Shuss, Arnaldo Iglesias, die Idee in Gang - mit einer wesentlichen ökonomischen Unterstützung der Stiftung," erklärte Juan Pablo Roque. "Die Idee war, eine Organisation mit 'angeblich' humanitärem Charakter zu schaffen, die das Leben der Menschen retten sollte, die sich aufs Meer begaben, um die Küsten von Florida zu erreichen."

José Basulto ist der Vorsitzende von "Hermanos al Rescate". "Ein Mann, der Anfang der sechziger Jahre von den USA aus über die CIA aktiv in den auf das kubanische Territorium eingeschleusten Gruppen mitwirkte."

Als Antwort auf die Frage nach dem humanitären Charakter dieser Organisation, sagte Roque, er kenne persönlich Fälle, in denen einzelne Mitglieder der Organisation zwischen 2.000 und 4.000 Dollar erhielten, um in der Straße von Florida Familienangehörige, die Kuba verlassen hatten, ausfindig zu machen und deren Position an die US-amerikanische Küstenwache weiterzuleiten. Er bestätigte auch, daß Basulto der Welt glauben machen wollte, daß diese Organisation vollkommen friedliche Mittel einsetzt, um die Kubanische Revolution zu stürzen.

"Das Wesen dieser Organisation ist konterrevolutionär", sagt er und verweist auf eine Bitte, die Basulto an ihn herantrug. Er wollte Informationen über spezifische Straßenabschnitte in der Stadt Cienfuegos, auf denen man landen und Sprengstoffladungen ausladen könne, um sie an Hochspannungsmasten anzubringen, die gesprengt werden sollten, um so das Energieversorgungssystem Kubas zu schädigen. "Ungefähr im November 1994 und im April 1995 unterwies mich Basulto im Gebrauch von Nahkampfwaffen mit Schrotmunition, die in das Land eingeschleust werden sollten, um Attentate gegen Personen durchzuführen, insbesondere gegen das Leben des *Comandante*



Juan Pablo Roque (2. von links) mit José Basulto (4. v. l.)

en Jefe; und er unterrichtet mich darüber, daß ihre Verteilung und Lagerung durch Elemente der FAR (Revolutionäre Streitkräfte) und des MININT (Ministerium des Innern) erfolgen sollte, die eventuell angeworben werden könnten. Es gibt auch einen Plan, mit dem Basulto beabsichtigt, das Potential der konterrevolutionären Organisationen von Miami noch stärker mit Elementen in Verbindung zu bringen; die terroristische Pläne in Kuba unterstützen könnten."

In seinen Ausführungen bestätigt er, daß die Gelder für diese Aktivitäten im wesentlichen von der *Fundación Nacional Cubano-Americana* und von kubanisch-US-amerikanischen Unternehmern, wie Bacardí und anderen, stammen, die bedeutende Summen einbringen. Die Kongreßabgeordnete Ileana Ross Lethinen bat die Regierung der Vereinigten Staaten um Militärflugzeuge, die in Arizona abgestellt sind und seinerzeit in Vietnam im Kampf gegen Partisanen eingesetzt wurden, für die Organisation "Hermanos al Rescate".

Er versicherte, daß die US-Regierung über alle Aktivitäten der Organisation "Hermanos al Rescate" in Kuba Bescheid wisse, denn er persönlich habe den FBI-Vertreter Oscar Montoto, unter dem Decknamen Singman, über alle Operationen der Verletzung des kubanischen Luftraums informiert. "Die Maßnahmen ließen sie kalt. Praktisch schenkte man ihnen keinerlei Aufmerksamkeit. Man verfaßte einen Bericht über die mögliche Tragweite, die diese fortwährenden Verletzungen mit sich bringen könnten, und zog die Möglichkeit in Betracht, den Mitgliedern den Flugschein zu entziehen."

Desgleichen gab er zu, sich an

luffahrt verstoße, indem sie verschiedene Arten von Rauchbomben abwerfe, unzulässige Veränderungen an den Flugzeugen vornehme, sehr niedrige Flüge durchführe, falsche Positionsangaben während des Fluges mache, um so die Luftverkehrskontrolle zu täuschen, von vorher festgelegten Flugplänen abweiche sowie Kursänderungen auf das kubanische nationale Territorium vornehme, "das kommt bei ihnen am häufigsten vor".

Juan Pablo Roque verließ Kuba 1992, indem er von Caimanera bis zum Marinestützpunkt von Guantánamo schwamm. Er erklärte öffentlich, er habe dies getan, um vor seinen Problemen davonzulaufen und nicht, weil er nicht mit der kubanischen Regierung einverstanden sei. Damals hatte er seine Laufbahn als Kampfflieger bei den Revolutionären Streitkräften mit dem Dienstgrad eines Majors und sehr vielen absolvierten Flugstunden aus medizinischen Gründen aufgeben müssen. Er gab ebenfalls zu, daß er sich 1993 aufgrund des Traums, wieder fliegen zu können, und des Versprechens, viel Geld zu verdienen, mit der Organisation "Hermanos al Rescate" eingelassen habe.

Er fügte hinzu, daß er enge Beziehungen zu den Anführern der Organisation "Hermanos al Rescate" unterhalten habe. Er sei von ihnen in die Arbeit der Organisation mit einbezogen worden, einschließlich jener, die geheim waren und einen "subversiven, terroristischen Charakter" hatten.

Er sagte, daß ihn der Vorfall, als er in Miami von ihm erfuhr, mit Schmerz erfüllt hätte. "Das brachte mich dazu, meine Haltung allmählich zu ändern. Ich gelangte zu der Überlegung, daß ich es vorziehe, anstatt in einem Miami zu leben, das mich langweilte und mich zurückwies, lieber in meinem Heimatland zu sein, wo ich akzeptiert würde, und wo man mir wenigstens erlaubt, mich wieder in die Gesellschaft einzugliedern."

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

Granma
INTERNACIONAL

Ja, ich bestelle

für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM 6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungswise gegen Rechnung per Bankinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./Nr. BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum/Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an: WCO, Granma,
PF 66, 12414 Berlin

ROBERTO PÉREZ BETANCOURT
- Sonderdienst der
Nachrichtenagentur AIN

• ÜBER dem grün und silber ange-
strichenen Metallbau, 20 Kilometer
vom Strand von Varadero entfernt,
wehen drei Fahnen unter der bren-
nenden Tropensonne: die kubani-
sche, die kanadische und die der
gemischten landwirtschaftlichen
Kapitalgesellschaft Sherritt Green.

Es ist das erste Unternehmen die-
ser Art, das auf dem Gebiet des
Obst- und Gemüseanbaus in Kuba
operiert. Die erste Ernte waren fri-
sche Erdbeeren und Gurken. Bei
der Vermarktung in den Touristen-
zentren der Playa Azul waren sie
ein Erfolg.

Die in den Hotels Tuxpan, Bella
Costa, Paradiso-Puntarena, Las
Américas-Meliá, Meliá-Varadero
und Super Club untergebrachten
Urlauber genossen die Früchte, die
sich durch ihre Frische auszeich-
nen, denn sie werden praktisch ne-
ben dem Stand geerntet.

Dazu meinte Carlos Quintana,
spanischer Geschäftsführer des
Hotels Meliá-Varadero: "... insbe-
sondere die Erdbeeren sind viel
besser als die, die wir importieren,
denn die hiesigen bestechen durch
ihre einheitliche Größe, durch in-
tensive und gleichmäßige rote Far-
be, und das Fruchtfleisch, sehr
appetitlich ..."

SORTIMENT UND WEITERE PROJEKTE

Auf 200 Hektar roter Erde, die
künstlich bewässert werden, wach-
sen Tomaten, Brokkoli, Blumen-
kohl, grüner Salat, Möhren,
Paprika, Erdbeeren, Papaya, Melo-
nen u.a.

Das Anbaugelände befindet sich
zwischen Cárdenas und Máximo
Gómez in der Provinz Matanzas.
Dort erklärte die Verwalterin Umelia
Duquesne, daß sie über ein aus
Spanien importiertes modernes
Frischhalte- und Verpackungssy-
stem verfügen. Den 140 Arbeitern,
die sich mit der harten Arbeit, dem
Anbau, der Pflege der Felder und der
Ernte befassen, werden gute
Arbeitsbedingungen geboten.

Daisy Carvajal, Geschäftsführerin
der Sherritt Green in Kuba, teilte



Gemischte Kapitalgesellschaft Sherritt Green

Obst und Gemüse im Hinterhof von Varadero

• Das erste Unternehmen dieser Art auf dem Gebiet des
Obst- und Gemüseanbaus zur Versorgung des kubanischen
Tourismussektors und für den Export nach Kanada

mit, daß man beabsichtige, fortge-
schrittene Technologien einzufüh-
ren, die es ermöglichen, das ganze
Jahr hindurch Gemüsesorten anzu-
bauen, die sich großer Nachfrage
erfreuen. Nach den ersten Ver-
kaufserfolgen zeigte sie sich opti-
mistisch.

Die gemeinsame Investition be-
läuft sich auf eine Million Dollar,
einschließlich 335.000 Dollar, die
für die industriellen Frischhaltevor-
richtungen bestimmt sind. Der ku-
banische Counterpart ist die Unión
Nacional de Acopio.

Auf der Grundlage von wettbe-

werbsfähigen Preisen und Qualität
hofft die Sherritt Green, ihre Pro-
duktion zu diversifizieren, um den
inländischen Tourismussektor zu
versorgen, sowie nach Kanada und
in andere Länder zu exportieren.

Die Möglichkeiten der kubani-
schen Landwirtschaft, das günstige
Klima, der fruchtbare Boden, die
Qualifikation der technischen Ar-
beitskräfte sowie der Elan der Ar-
beiter, zusammen mit der
Finanzierung, die der kanadische
Partner einbringt, sichern diesem
Unternehmen eine erfolgreiche Zu-
kunft.

Die Bundesrepublik verstärkt vertragliche Beziehungen zu Kuba

Hans-Werner Richert
- Granma Internacional

• INMITTEN der von den USA an-
gezeigten Krise um den Abschluß
der beiden Piratenflugzeuge der
Terrororganisation "Hermanos al
Rescate" entschloß sich die Bundes-
republik Deutschland, einer ihrer
Hauptverbündeten, dazu, die Zusam-
menarbeit mit Kuba zu verstärken.

Während die ständige US-Vertre-
terin bei der UNO, Frau Madeleine
Albright, Himmel und Hölle in Be-
wegung setzte, um Kuba durch den
Weltsicherheitsrat verurteilen zu las-
sen, und in Washington alles zur Un-
terzeichnung des völkerrechtswidrigen
Helms-Burton-Gesetzes vorbereitet
wurde, schloß die BRD Anfang März
mit Kuba eine bilaterale Vereinba-
rung über den Schiffstransport von
Gütern und Passagieren. Ein ähnli-
ches Vertragswerk über den Luft-
transport besteht schon zwischen
beiden Seiten.

Nach der Unterzeichnung äußerte
der Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland, Dr. Georg Trefftz, in ei-
nem Interview mit dem kubanischen
Fernsehen seine Befriedigung über
das erreichte Abkommen und erklär-
te darüber hinaus, im April dieses
Jahres werde der Vertrag über die
Förderung und den Schutz von In-
vestitionen zwischen den beiden Na-
tionen abgeschlossen.

Dieses Investitionsschutzabkom-
men ist eine der wichtigsten Vor-
aussetzungen für verstärkte
Investitionen deutscher Unterneh-
men in Kuba. Entsprechende ver-
tragliche Vereinbarungen bestehen
schon mit Großbritannien, Spanien
und Italien.

CUBANA
der kürzeste Weg
in die Karibik.

CUBANA DE AVIACIÓN. Frankfurter Tor 8 A. 10243 Berlin, Telefon: 589-3409/ 4110/ 2719 FRAGEN SIE IHR REISEBÜRO

CINO COLINA - Granma Internacional

ANGESICHTS des Drucks, den Washington auf die lateinamerikanischen Länder ausübt, um den Kokaanbau einzuschränken, der Forderungen, den

Kampf gegen die Geldwäsche als Priorität anzusehen, und der gewalttätigen Folgen des Drogenhandels, befinden sich einige Nationen der Region in einer Diskussion, deren Ende nicht abzusehen ist.

Die Schlußfolgerungen des zweiten Treffens einer Kommission der Río-Gruppe über Drogenhandel und der mit ihm verbundenen Delikte, das in Cochabamba, Bolivien, stattfand, verweisen auf Europa als Hoffnungsträger, um die Entspannung der Situation zu erwirken, die sich angesichts des von Washington praktizierten, undurchschaubaren Prozesses der Ausstellung von sogenannten Zertifikaten (Anerkennung der US-Regierung, daß der jeweilige Staat ernsthaft gegen Drogenherstellung und -handel vorgeht) und der daraus entstehenden Nachteile ergibt.

Das Dokument, das für die Konferenz der Außenminister der Río-Gruppe mit denen der Europäischen Union (EU) ausgearbeitet wurde, die für April dieses Jahres geplant ist, spricht sich für einen tiefgehenden und fließenden Dialog aus, um eine breite, aufgeschlossene und bedingungslose Debatte zu diesem Thema führen zu können. Mit anderen Worten, eben jene Art von Dialog, den die USA ablehnen, weil sie es vorziehen, das Problem auf bilateraler Ebene mit ihrer Zertifikats-Politik und des sich daraus ergebenden Drucks zu lösen, falls die von ihr festgelegten Richtlinien oder ande-

Schwierigkeiten mit der Droge

re Bestimmungen, die in ihrem Interesse sind, nicht befolgt werden.

Die Arbeiten der Río-Gruppe verweisen übereinstimmend darauf, daß es keine isolierte Verantwortlichkeit gibt, denn diese liege gleichermaßen bei den Produzenten, den Konsumenten, den Zulieferern der erforderlichen Chemikalien und den Geldwäschern. Aber auch dieser Aspekt wird von den USA zurückgewiesen.

Gleichzeitig deckte der Internationale Rat für Drogenkontrolle in seinem Jahresbericht über 1995 auf, daß die Kokapaste weiterhin produziert werde, wenngleich mit geringeren Wachstumsraten. Dies geschehe vor allem in Bolivien und Peru; von dort aus werde sie nach Kolumbien geschickt, wo man sie zu Kokainchlorhydrat weiterverarbeite, wie die Nachrichtenagentur ANSA meldete.

Weiter heißt es bei ANSA, daß die Vorkehrungen gegen die Arbeit illegaler Laboratorien für die Herstellung von Kokapaste und Kokainchlorhydrat aufgrund der unregelmäßigen und unkontrollierten Belieferung mit den nötigen Chemikalien und Lösungsmitteln, die vor allem aus den USA und Europa kommen, oftmals erschwert werden.

Puerto Rico und die Jungferninseln gelten als die bevorzugten Punkte in der Karibik, über die die Drogen auf die lukrativen Märkte in den USA gelangen, wo sich der Großteil der Konsumenten konzentriert.

Der internationale Rat gab bekannt, daß in zunehmendem Maße Fälle von Geldwäscherei in US-amerikanischen Spielkasinos aufgedeckt worden seien, und daß dieses Phänomen auf dem gesamten Kontinent alarmierende Ausmaße angenommen habe, die zur Gefährdung oder Destabilisierung der Finanzmärkte führen könne. Daraus folgen Gefahren für die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fundamente der ökonomisch schwachen Staaten.

In dem kürzlich vorgelegten Bericht über die von Washington ausgestellten Zertifikate ist nur Kolumbien aus der Liste gestrichen worden, weil es als sicher angesehen wird, daß während der jüngsten Wahlkampagne, aus der Ernesto Samper siegreich als Präsident hervorging, Geld aus dem Drogenhandel benutzt worden sein soll. Entsprechende Untersuchungen stehen allerdings noch aus, und das Staatsoberhaupt weist diesen Verdacht kategorisch zurück.

Bogotá hat im Rahmen eines Aktionsplans vor, eine Antidrogenstrategie zu verfolgen, unter deren Schwerpunkten besonders folgende hervorzuheben sind: den Einzug des Mafiavermögens - wie das der verstorbenen Kartellchefs von Medellín, Pablo Escobar und Gonzalo Rodríguez Gacha -, die Durchführung einer internationalen Kampagne, um die Effizienz der kolumbianischen Maßnahmen gegen den Drogenhandel unter Beweis zu



Ernesto Samper

stellen, und die Unterzeichnung oder Ausweitung bilateraler Abkommen.

Außenminister Rodrigo Pardo erklärte der Presse gegenüber, sein Land werde den Antidrogenkampf mit noch größerer Strenge weiterführen, weil es sich dabei um eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit handele, auch wenn Washington die Ausstellung des Zertifikats verweigert habe.

Es ist offensichtlich, daß sich das Drogenphänomen immer weiter ausdehnt und daß der Kampf dagegen von allen Seiten zu führen ist, selbst wenn die Praxis der Zertifikatsausstellung durch Washington das Gegenteil beweisen will. Kamboodscha, eine der 21 Nationen, die vom Weißen Haus als Unterstützer des Drogenhandels bezeichnet werden, antwortete darauf mit dem Hinweis, daß wohl kein anderes Land auf dem Planeten es mehr verdient habe als die USA, die Liste anzuführen, wenn man die hohen Kennziffern des Drogenverbrauchs unter ihrer Bevölkerung berücksichtige.

TRAURIG, ABER WAHR

LUIS BAEZ DELGADO - Granma

• Am 4. Juli 1951 führte John Hunter, Verleger der Capital Times in Madison, Wisconsin, USA, ein anschauliches Experiment durch.

Er verteilte unter 112 seiner Landsleute einen Forderungskatalog. Wer damit einverstanden wäre, sollte ihn unterschreiben. Von den 112 Personen gab nur eine ihre Unterschrift.

Unter den Befragten herrschte die allgemeine Übereinstimmung, daß das Dokument "extremistisch" oder "kommunistisch" sei. Einer sagte sogar zu dem Journalisten: "Es könnte sein, daß das die Unabhängigkeitserklärung Rußlands ist, aber ich glaube nicht, daß das unsere ist."

Als er seine Umfrage beendet hatte, verteilte Hunter die Originale unter den Teilnehmern. Das Erstaunen war nicht geringer als die Blamage.

Der Text war nichts anderes, als eine Zusammenstellung von wortgetreuen Auszügen aus der Unabhängigkeitserklärung der USA und der Charta der Grundrechte dieses Landes.

Als sie die Wahrheit erfuhren, gaben viele zu, daß sie Angst hatten.

Im Laufe der Jahrhunderte war die Angst im wahrsten Sinne des Wortes das grundlegende

und vorherrschende Gefühl in der US-amerikanischen Gesellschaft.

Die Angst zu sterben, die Arbeit zu verlieren, diskriminiert zu werden, vergewaltigt zu werden, ermordet zu werden.

Wenn du Familienvater bist, die Angst davor, daß deine Kinder eines nachmittags nicht aus der Schule zurückkommen oder davor, im Papierkorb ihres Zimmers Spritzen von Drogen zu entdecken.

Wenn du Ehefrau bist, die Angst vor dem eigenen Ehepartner. Wenn du farbige bist, die Angst davor, das nächste Opfer polizeilicher Brutalität zu sein.

Wenn du Lateinamerikaner, Mestize, Asiater bist, die Angst davor, allein auf der Straße zu gehen, gekündigt zu werden, vom Ku Klux Klan, der neuerdings getarnt in Form von Banden auftritt, bedrängt zu werden.

Aus Einwanderern entstand eine Nation, die Jahrhunderte später zu einer fremdenfeindlichen Nation werden sollte. Welch große Ironie hält doch die Geschichte für uns bereit.

In den mächtigen Vereinigten Staaten von Amerika stirbt die Angst nicht. Sie hat ihren eigenen Kreislauf. Sie regeneriert sich, erneuert sich und kommt in der Gewalt zum Ausdruck.

Um keine Angst zu haben, muß man Waffen

tragen. Damit man keine Angst haben muß, umgebracht zu werden, muß man dazu bereit sein, die Waffen schnell und ohne Gewissensbisse zu benutzen.

Wenn du mit der Waffe schnell bist und auf diese Art einen unschuldigen Menschen tötest, macht das nichts, "der Zweck heiligt die Mittel": Um nicht umgebracht zu werden, muß man bereit sein, selbst zu morden.

Das Imperium, die "Bastion des Friedens", hat das "Verdienst", mehr Waffenläden als Tankstellen zu besitzen, und jeder fünfte Mord ereignet sich hier innerhalb der eigenen Familie.

Dieses Land, "Vorkämpfer in Sachen Menschenrechte", hat jährlich mehr Ausschreitungen in der Familie zu verzeichnen, als jeder andere Ort auf unserem Planeten.

In dieser Nation, "Hoffnung der Welt", wird alle drei Stunden ein Kind ermordet, und jeder 18jährige US-Amerikaner hat bereits 18.000 Morde im Fernsehen gesehen.

Das ist kein soziologisches Problem, sondern eines des Systems. In den Vereinigten Staaten ist der Mensch nichts mehr, als eine weitere Ware, inmitten der Droge, der Prostitution, der Pornographie, der Gewalt und des Verbrechens. Alles, was Gewinn bringt, ist erlaubt. Alles, was einträglich ist, wird auf die Dauer stärker als das Gesetz.

Eine Gesellschaft, die auf derartigen "Werten" aufbaut und diese vergöttert, wird niemals als zutiefst humane Gesellschaft angesehen werden können.

Die Beziehungen zur EU

ULISES ESTRADA LESCAILLE
- Granma Internacional

• DIE internationalen Presseagenturen berichteten eingehend über den Besuch, den der Vizepräsident der Europäischen Union (EU) und verantwortliche Kommissar für die Beziehungen zu Lateinamerika, Manuel Marín, Kuba in der ersten Februarhälfte abstattete.

In einem ausführlichen Meinungsaustausch Maríns mit Präsident Fidel Castro und anderen Regierungsvertretern wurden Themen behandelt, die sich auf die Fortsetzung und Realisierung der am 16. Dezember 1995 vom Rat der Gemeinschaft in Madrid getroffenen Entscheidung bezogen, die Kommission zu ersuchen, daß sie "im ersten Halbjahr 1996 einen Mandatsentwurf für ein wirtschaftliches und kommerzielles Kooperationsabkommen vorlegt, der vom Rat unter dem Gesichtspunkt der politischen und wirtschaftlichen Lage in Kuba geprüft werden wird". Weitere Themen waren die Politik der Öffnung und die interne Lage des Landes sowie Aspekte des internationalen Geschehens.

Schon vorher, im Herbst 1995 in Bariloche, Argentinien, hatte der europäische Vertreter mit dem kubanischen Präsidenten Gespräche geführt. Außerdem traf er sich mit der stellvertretenden Außenministerin, Isabel Allende, in Brüssel, als diese im Januar und Februar dieses



Kuba ist und bleibt ein souveräner Staat

Jahres Spanien, Rom, Belgien und den Vatikan besuchte.

Bevor der Rat die Entscheidung traf, war eine Delegation der sogenannten Unionstroika (Frankreich, Spanien und Italien) nach Havanna gereist, wo sie Kontakt zu hohen kubanischen Vertretern herstellte.

Kuba knüpfte 1988 seine ersten Beziehungen zur Europäischen Union, und im März 1989 legte es der damaligen Europäischen Gemein-

schaft ein Prämemorandum über die Notwendigkeit vor, einen Rahmenvertrag und einen ständigen Dialog zwischen beiden Seiten zu vereinbaren.

Von 1992 bis 1995 belief sich die Zusammenarbeit der EU mit der Insel auf 67.836.955 Ecu (1 Ecu = 1,30 US-Dollar), die für humanitäre Hilfeleistungen, das Gesundheitswesen, Ernährungsprogramme, Projekte mit Nichtregierungsorganisationen, die Landwirtschaft, die Energieversorgung, den Informationssektor, die Steuerverwaltung und die Ausbildung von Fachkräften ausgegeben wurden.

Die europäische Präsenz auf den Karibikmesen, in Santiago de Cuba, und auf der Internationalen Messe von Havanna hat in den letzten zwei Jahren zugenommen.

Obwohl bisher noch kein juristischer Rahmen für die Beziehungen zur EU existiert, unterhält Kuba weitverzweigte Handelsbeziehungen zu einigen der 15 Mitgliedsländer, wie Spanien, Frankreich, Italien und Großbritannien. Die Investitionen mehrten sich, und das Interesse, das einige europäische Unternehmer während ihrer Besuche auf der Insel an möglichen Investitionsbereichen geäußert haben, steigt.

Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen wurden mit Spanien, Italien und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet. Mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz wurden sie bereits angebahnt, und mit Frankreich, Holland und Belgien laufen diesbezüglich Verhandlungen.

Vor allem aus Spanien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland nimmt der Tourismus zu. Zwölf der Mitgliedsstaaten stimmten in den Vereinten Nationen gegen die Blockade, während sich die BRD, Holland und Großbritannien der Stimme enthielten und auf diese Weise ihre Verurteilung des Torricelli-Gesetzes, des Gesetzentwurfes Helms-Burton und der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade im allgemeinen zum Ausdruck brachten, die Kuba von der US-Regierung und dem US-Kongreß auferlegt wurde.

ENRIQUE SANZ FALS
- für Granma Internacional

• IM Februar sollte, nach mehr als vier Jahren Verzögerung, anlässlich des 20. Jahrestages (am 27.) der Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Saharaui (DARS) die Volksbefragung zur Selbstbestimmung gemäß dem UN-Ordnungsplan für 1991 in der Westsahara stattfinden.

Dieser Plan war anfänglich vom Besatzungsland Marokko und der FRENTE POLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Seguia al Hamra und Rio de Oro), der legitimen Vertreterin des sahrauischen Volkes, akzeptiert worden.

Doch die Unnachgiebigkeit und die Durchführung von Manövern mit annexionistischer Tendenz seitens Marokkos haben den Friedensprozeß getrübt und ihn fast zum Scheitern gebracht.

Die letzte Entscheidung des UN-Sicherheitsrates zu diesem Thema legte fest, die Anwesenheit seiner militärischen Beobachtergruppe in Westsahara bis Mai 1996 zu verlängern und unterdessen Beratungen mit beiden Seiten zu führen, um eine Lösung für die Beilegung der Differenzen zu finden, die die Realisierung eines Volksentscheids verhindern.

Das vom Sicherheitsrat unterzeichnete Dokument sieht ein "Programm des geordneten Rückzugs" der Beobachter vor, falls die Beratungen zu keinem Ergebnis führen sollten.

Naama Said Yumanhi, Botschafter der DARS in Kuba, äußerte dazu in einem Interview mit Granma Internacional: "Ein Rückzug der UN-Beauftragten käme automatisch dem Neubeginn des Krieges gleich. Für die Vereinten Nationen

WESTSAHARA

Friedensprozeß in Gefahr

• Wenn kein gerechtes, freies und demokratisches Referendum stattfindet, könne es wieder Krieg geben, stellt der Botschafter der Demokratischen Arabischen Republik Saharaui fest

und für ihren Sicherheitsrat ist das eine sehr große Verantwortung."

"Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Unseren Kampf haben wir bei Null begonnen und vorangebracht. Heute haben wir eine organisierte und bewaffnete Armee. Warum sollten wir also unseren Kampf nicht bis zum Sieg und bis zur völligen Unabhängigkeit der Sahara weiterführen? Die Hauptwaffe ist der Wille, und das sahrauische Volk hat ihn", stellte der Diplomat fest.

"Wir kämpfen nicht, weil es uns gefällt, sondern weil wir dazu gezwungen wurden", sagt er, "und da es für uns keine andere Alternative gibt, müssen wir weiterkämpfen. Wir begrüßen jede Methode zu einer friedlichen Lösung. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, solange es nicht gegen unsere Existenzberechtigung, unsere Unabhängigkeit und Souveränität geht. Dieses Territorium gehörte uns seit jeher und wird uns immer gehören, und um dieses Territorium werden wir bis zur letzten Konsequenz, bis zum letzten Blutstropfen kämpfen."

Der Plan der UNO wurde praktisch lahmgelegt, weil Marokko, nachdem es zuvor die auf einem Zensus der ehemaligen Kolonialmacht Spanien basierende Wählerliste von 74.000 Abstimmungsberechtigten akzeptiert hatte, nun eine Liste von

180.000 marokkanischen Staatsbürgern anfügen will, die als Saharaui gelten sollen.

"König Hassan will ein Referendum, das die Annexion bestätigt. Wir sind bereit, vernünftige, logische Zahlen zu akzeptieren, denn es können uns Fehler unterlaufen sein, jedoch keine riesigen Listen. Die UNO hat ihre eigentliche Rolle nicht wahrgenommen, sie hat nicht, wie es richtig gewesen wäre, die Forderung gestellt, daß die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Bei anderen Konflikten ist sie energischer vorgegangen und hat sogar Truppen geschickt", betonte der sahrauische Botschafter.

Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der DARS informierte er, in diesem Jahr sei eine Auswertung des seit ihrer Gründung Erreichten vorgenommen worden. Heute werde sie von 77 Ländern anerkannt, zu denen sie diplomatische Beziehungen aufrechterhält, und außerdem sei sie seit 1985 ein vollberechtigtes Mitglied der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU).

Die DARS, so betonte er, habe die kurzfristige Aufgabe, den Kampf des sahrauischen Volkes voranzubringen und dann, mittelfristig, die Fachkräfte auszubilden, die die Leitung ihrer Einrichtungen übernehmen können, wenn die Un-



Naama Said Yumanhi, Botschafter der DAR in Kuba

abhängigkeit des gesamten souveränen Territoriums erreicht worden sei. Abschließend brachte er zum Ausdruck, daß der Konflikt mit Marokko "ein politisches Problem ist, das durch direkte Verhandlungen zwischen beiden Seiten zu lösen sein müßte. Aber König Hassan widersetzt sich. Kommt es nicht zu einem direkten Dialog, kann es auch keine Garantien für ein gerechtes, freies und demokratisches Referendum geben."



Unser Amerika



ZUSAMMENGESTELLT VON CINO COLINA

• EINE "minimale" Einigung über Recht und Kultur der Indígenas - die erste in diesem 25 Monate währenden Konflikt - wurde von der mexikanischen Regierung und der Zapatistischen Armee für die Nationale Befreiung (EZLN) unterzeichnet. Sie findet bei 96 Prozent der befragten Einheimischen Zustimmung.

Dieses Dokument, das erste einer Reihe von sieben Vereinbarungen, die noch zur Diskussion stehen, dokumentiert, daß der Staat die Dringlichkeit anerkennt, sich der "tiefgreifenden" sozio-ökonomischen Ungleichheiten anzunehmen, denen die Indígenas im Vergleich zur übrigen Bevölkerung des Landes ausgesetzt sind.

Die Regierung hat in diesem Zusammenhang versprochen, gesetzliche Reformen voranzutreiben, um Gerechtigkeit und Entwicklung für die einheimischen Völker voranzutreiben, denen nunmehr das Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie "innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen" zuerkannt wird, meldet die Presseagentur IPS.

Außerdem wird gesagt, daß die Behörden gemeinsam mit der EZLN ein "Abkommen" zwischen der Regierung und den Indígenas ausarbeiten werden, mit dem ihre Organisationsformen anerkannt, ihre politische Vertretung auf nationaler Ebene angeregt und ihre Wahlbeteiligung ohne die Vermittlung von Parteien erlaubt werden soll. Den Ureinwohnern soll ebenfalls der Zugang zur kollektiven Nutzung von Naturreichtümern gewährt werden, ausgenommen "jener, die Eigentum der Nation sind", und es sollen ihnen Garantien für eine multikulturelle Bildung sowie das Recht auf territoriale Integration und eine Gerichtsbarkeit mit eigenen Merkmalen eingeräumt werden.

Für Bischof Samuel Ruiz, den Vorsitzenden des Nationalen Vermittlungsausschusses (CONAI), stellt das Abkommen eine historische Wende dar, denn die Indígenas "haben bereits Bedeutung erlangt, sie sitzen gleichberechtigt mit am Tisch". Er wies aber auch auf das Risiko einer zu großen Euphorie und einer Überbewertung der Vereinbarung hin.

"Es könnte zur Gewalt kommen, wenn wir den Friedensprozeß nicht wahren", warnte der Bischof laut AFP. Weiter meldet die Nachrichtenagentur, "die Indígenas, die als ein neues Subjekt in der Geschichte auftreten, wenngleich sie bereits seit mehr als 500 Jah-



MEXIKO

Chiapas: Einigung ohne Euphorie

ren existieren, äußern sich überall und finden auch Gehör. Dieser Prozeß ist für die Indígenas von Chiapas bereits unumkehrbar, und er wird auf alle Indígenas von Amerika seine Auswirkungen haben".

Erwähnenswert ist, daß die EZLN erklärte, der Friedensdialog, den sie mit der Regierung unterhalte, und die Unterzeichnung der ersten Verträge dürften nicht zu der Annahme führen, daß sie nicht an einem politischen Oppositionskampf interessiert sei, ihre Kritiken an den Behörden zurückhalten werde und darauf verzichten werde, die Front zur Gründung der Bewegung zur nationalen Befreiung zu bilden. Das würde ihr ermöglichen, allmählich zur Legalität überzugehen und die Waffen niederzulegen, sobald sie dies für angebracht halte.

Einige Beobachter rufen dazu auf, eine "vernünftige Zurückhaltung" gegenüber der Vereinbarung zu wahren. Besorgt weisen sie auf die aggressive Haltung hin, die die Armee seit Februar 1995 an den Tag legt. Außerdem seien viele im Abkommen verankerte Angebote an die Einheimischen alt. Man habe sie ständig wiederholt, aber niemals verwirklicht. Der Unterschied liegt vielleicht darin, daß die EZLN jetzt verkündet, sie werde den Kampf gegen die "schlechte Regierung" weiterführen.

GUATEMALA

Alarmierende Zunahme der Gewalt

• DIE aktuellen Angaben über Gewalttaten in den ersten zwei Monaten dieses Jahres könnten die Vergleichszahlen des vergangenen Jahres übertreffen, teilte der Leiter der Gerichtsmedizin Mario Guerra mit und erklärte, daß im Januar und Februar bei 53 Prozent der 499 durchgeführten Autopsien Gewalttaten die Todesursache waren.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Álvaro Arzú, am 14. Januar 1996, seien 357 Autopsien durchgeführt worden. Die Zahl entspreche 32 Prozent der Gesamtzahl von 1995, teilte die Presseagentur ANSA mit.

Guerra hält Programme zur Sicherheit der Bürger für notwendig, um zu verhindern, daß die Zahl von insgesamt 1.121 Autopsien im Jahr 1995 in diesem Jahr schon bald überschritten werde.

Neuer Ministerpräsident



HAITI

• DER 55 jährige Wirtschaftswissenschaftler Rony Smarth wurde neuer Premierminister Haitis und soll jetzt sein politisches Programm vorbereiten und es den beiden gesetzgebenden Instanzen vorlegen. Seine Ernennung wurde auf Vorschlag des Präsidenten René Preval durch das Parlament bestätigt.

Damit wird die Politische Organisation Lavalas (OPL) noch stärker an die Regierung Preval's gebunden, der Präsidentschaftskandidat dieser Organisation war. Entsprechend erklärte die OPL, daß sie sich für die Fortführung des Demokratisierungsprozesses in Haiti einsetzen werde.

Andererseits wurde bekannt, daß hunderte ehemaliger Soldaten und Mitglieder paramilitärischer Gruppen wegen der während des Militärregimes begangenen Verbrechen möglicherweise vor Gericht gestellt werden. Laut IPS wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt von einer aus UNO und OAS gebildeten Kommission einhundert dokumentierte Fälle den Gerichten vorgelegt. Es wird angenommen, daß es insgesamt mehr als 300 Anklagen geben wird.

Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen werfen der Kommission vor, nicht das Nötige getan zu haben, damit die Gerichte aktiv werden können. Die Menschenrechtsgruppen schätzen die Zahl der Toten während des blutigen Militärregimes auf 5.000. Die "Kommission Wahrheit" übergab Anfang Februar dem scheidenden Präsidenten Jean Bertrand Aristide einen derzeit noch geheimen Bericht, der rund 20.000 Verletzungen der Menschenrechte, von Massakern bis zu politisch motivierten Verbrechen, in den drei Jahren der Willkürherrschaft belegt.

SESSION IN HAVANNA

Urbaner Jazz und afrikanische Wurzeln

Ellen Rosenzweig
- für **Gramma Internacional**

• ES war eine zauberhafte Nacht, die eine Zusammenfassung des gesamten Festivals zu sein schien. Irakere - die Gruppe der Spitzenstars des kubanischen Jazz unter der Leitung des Pianisten Chucho Valdés, der zugleich Präsident des Festivals war - begeisterte das enthusiastische Publikum mit einem Programm, das von den Klassikern des Jazz ("Giant Steps") über populäre Musik (Thema des Films *Aladino*) bis zu den besten Stücken des Irakere-Repertoirs reichte. Sein Ende fand es in dem bis zum Überquellen gefüllten Nationaltheater, mit einer Improvisation der "Manteca" von Dizzy Gillespie und Chano Pozo, einer Verschmelzung von urbanem Jazz mit kubanischen Rhythmen.

Unter den Solisten des Festivals befanden sich diesmal die Kanadierin Jane Bunnet (Flöte, Klarinette und Saxophon), ihr Landsmann Hugh Fraser (Posaune), die US-amerikanischen Musiker Roy Hargrove (Trompete) und Steve Coleman (Saxophon), Mitglieder ihrer jeweiligen Gruppen, die kubanische Folklore-Musikerin Merceditas Valdés und ihre Gruppe sowie eine Vielzahl kubanischer Talente und selbstverständlich führende Mitglieder von Irakere, einschließlich des Bassisten Carlos del Puerto und des Saxophonisten César López.

Mit einer beeindruckenden Liste ausländischer Musiker und einer spitzenmäßigen Vertretung einheimischer Talente präsentierte Jazz Plaza '96 Jazz für jeden Geschmack. Außer den nächtlichen Konzerten im Großen Saal, wurden in der intimeren Sala Covarrubias des Nationaltheaters themenspezifische Programme angeboten (Jazz, Piano-Jazz, Vokal-Jazz, etc.). Die Auftritte nach Mitternacht im Hotel Riviera und die kleinen Konzerte in den Räumen des Schriftsteller- und Künstlerverbandes (UNEAC) und des Journalistenverbandes (UPEC) gaben den Musikern aus unterschiedlichen geographischen und musikalischen Richtungen weitreichende Möglichkeiten, sich auszutauschen und zu experimentieren.

Das Jazz-Festival von Havanna ist schon immer ein Schaufenster für kubanische Musiker gewesen, und die diesjährige Veranstaltung bestätigt mehr denn je, welches erstaunliche Niveau der Vollkommenheit sowohl die jungen Musiker als auch die Veteranen des Jazz erreicht haben. Das wurde schon in der Nacht der Festivaleröffnung deutlich, als Frank Emilio, die lebende Legende des kubanischen Jazz seit den 40er Jahren, eine ausgewählte Gruppe der besten Musiker von heute zusammenbrachte, um Stücke zu spielen, die er selbst vor Jahrzehnten gemein-

sam mit dem verstorbenen kubanischen Schlagzeuger Guillermo Barreto komponiert hat. Dieses Quintett, das nur zu diesem Anlaß zusammentrat, spielte bekannte Stücke mit besonderer Vitalität und Kreativität und demonstrierte dabei eine Präzision und Meisterschaft, die nur selten erreicht wird. Ein Mitglied einer der bedeutendsten kubanischen Gruppen versicherte mir, diese Vorstellung habe ein Meisterstück der kubanischen Musik dargestellt, ein Beispiel an Professionalität und des guten Geschmacks.

Unter den ausländischen Teilnehmern tat sich besonders die Gruppe von Roy Hargrove aus den USA hervor. Hargrove, 1995 Spitzenreiter der jährlichen Popularitätsumfrage des Jazz-Magazins *Downbeat*, leitete vier sowohl im Standardbereich als auch auf dem Gebiet der Eigenkompositionen fähige Jazzmusiker. Sein besonderer Stil und seine außergewöhnliche Eleganz veranlaßte das Publikum wiederholte Male zu stehenden Ovationen.

Steve Coleman and The Five Elements, ebenfalls aus den USA, präsentierte eine Kombination ungewöhnlicher und neuer Stücke, die dem kubanischen Publikum unbekannt waren. Besonders beeindruckend war das Rap-Scat des Sängers Carl Walkie, das "die Straßen, über die ich gehe" beschreibt und - in Verbindung mit den Bewegungen von zwei Tänzerinnen und dem beschwörenden Spiel der Saxophonisten Coleman und Ravi Cotrane - einen Eindruck von der Gewalttätigkeit der US-amerikanischen Großstädte vermittelte.

Die Gruppe von Coleman beteiligte sich an einem einmaligen Experiment, indem sie gemeinsam mit dem afrokubanischen Tanz- und Musikensemble aus Matanzas auftrat. Es war eine bewegende, wenn auch ungewöhnliche Erfahrung, die die traditionellen, rhythmischen Ge-



Steve Coleman and The Five Elements präsentieren eine unkonventionelle Mischung aus Free Jazz, Rap-Scat und modernem Tanz.

sänge der Folkloregruppe mit dem Klang des Saxophons von Coleman verband.

"Unsere Vorfahren kamen als Sklaven aus dem gleichen Kontinent. Warum sollten wir an diesem gemeinsamen Erbe der Völker Kubas und der USA nicht wieder anknüpfen?", meint Coleman. Der Versuch, die unterschiedlichen Ausdrucksformen des Jazz mit ihren afrikanischen Wurzeln zu verbinden, fand ein Echo in vielen Veranstaltungen des Festivals, so auch bei den Auftritten der Sängerin Cecilia Noel und der Pianistin Joyce Silvestri, beide aus den USA, mit der afrokubanischen Rockgruppe Sinesis; bei den Auftritten der Gruppe Fra Fra Sound aus Holland mit ihrem eindeutig karibischen Hintergrund; und denen der kubanischen Gruppen Diákara und AfroCuba, deren Perkussion im wesentlichen auf afro-musikalischen Elementen aufbaut.

In der Sala Covarrubias präsentierten sich viele interessante Talente, aber aufgrund einer unglücklichen Programmgestaltung (mit Veranstaltungen zwischen 17 und 20 Uhr) zogen diese Konzerte im allgemeinen wenig Publikum an. Die Organisatoren des Festivals versäumten die Möglichkeit, einige dieser Künstler in die Nachtvorstellungen mit einzubeziehen. Diese Veranstaltungen krankten außerdem an einem gewissen Mangel an Solidarität und Abwechslungsreichtum.

Um zukünftige Konflikte mit den Karnevalsveranstaltungen zu vermeiden, die von 1996 an im Februar stattfinden sollen, haben das Institut für Musik und Chucho Val-



Roy Hargrove und seine Gruppe spielen einen erfrischenden, aber ausgereiften Jazz

dés angekündigt, daß man die Möglichkeit in Betracht ziehe, das Jazzfestival auf Dezember zu verlegen und nach dem Filmfestival stattfinden zu lassen. Ich persönlich kann mir keine bessere Form vorstellen, das Neue Jahr zu begrüßen, als mit einem derartigen Ereignis, das uns so viel musikalisches Talent aus Kuba und der ganzen Welt beschert.